

## NDB-Artikel

**Joseph II.** Kaiser (seit 1765), \* 13.3.1741 Wien, Hofburg, † 20.2.1790 Wien, Hofburg, = Wien, Kapuzinergruft. (katholisch)

### Genealogie

V Kaiser → Franz I. († 1765, s. NDB V);

M → Maria Theresia († 1780);

4 B (1 jung †) 11 Schw (5 jung †), u. a. Kaiser Leopold II. († 1792), → Ferdinand († 1806), Gouverneur v. Mailand, dann Hzg. v. Breisgau, → Maximilian Franz († 1801), Hochmeister d. Dt. Ordens u. Kf. v. Köln, → Maria Anna († 1789), Äbtissin d. Prager Damenstifts, Maria Christine († 1798, ⚭ Hzg. → Albert Kasimir v. Sachsen-Teschen, † 1822, s. NDB I), → Maria Elisabeth († 1808), Äbtissin d. Haller Damenstifts, Maria Amalia († 1804, ⚭ Hzg. Ferdinand v. Parma, † 1802), Maria Karoline († 1814, ⚭ Kg. → Ferdinand I. v. Neapel, † 1825), Maria Antonia († 1793, ⚭ Kg. → Ludwig XVI. v. Frankreich † 1793);

- ⚭ 1) Wien 1760 Maria Isabella († 1763), T d. Hzg. Philipp v. Parma († 1765), 2) Wien 1765 → Maria Josefa († 1767), T Kaiser Karls VII. († 1745);

T aus 1) ErzHzgn. Maria Theresia (1762–70), 1 T b. d. Geburt †; N (S Leopolds II.) Kaiser Franz II. († 1835, s. NDB V).

### Leben

Am Beginn des Kampfes → Maria Theresias um das väterliche Erbe nach der preuß. Besetzung Schlesiens nach drei Töchtern als erster Sohn geboren, seit der Geburt des Großvaters (Kaiser → Karl VI. 1685) der erste männliche Erbe des Habsburgerreiches, wurde sich J. seiner Bedeutung als künftiger Herr zu früh bewußt. Zu diesem Selbstbewußtsein trugen bei ein vorteilhaftes Äußeres, der preuß. Gesandte → Gf. Podewils nennt ihn schon 1747 „vollkommen schön“, große Lebhaftigkeit trotz Hemmungen im Umgang mit Fremden und eine zu starke Nachsicht der Eltern und der Umgebung. In der Wahl seiner Erzieher scheint man keine glückliche Hand gehabt zu haben, es waren relativ unbedeutende Männer, denen der begabte Knabe keine Zuneigung entgegenbrachte. Nach der Zeitmode wollte man gewaltige Stoffmengen in trockenster Form, wie seine erhaltenen Lehrbehelfe beweisen, in ihn hineinpressen. Das führte zu einer oberflächlichen Vielwisserei und zu einer dauernden Abneigung gegen Gelehrte und Bücher. Der Einfluß der Lektüre auf die spätere Reformtätigkeit ist so schwer zu bestimmen. Woher die Grundsätze stammten, die bereits in der ersten erhaltenen Denkschrift des 20jährigen scharf ausgeprägt sind, nämlich der Kampf gegen feudale Vorrechte und nahezu alle Traditionen der habsburg. Vorfahren, der Einsatz für die Gleichheit der Untertanen und die Anerkennung persönlichen Verdienstes, kann so nur vermutet werden. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß es der Vater, Kaiser → Franz, selbst war, der diese im Westen empfangenen Grundsätze dem Sohn einzuflößen verstand. In dieser Fronde gegen die Tradition mag J. auch die Ehe

mit der klugen Bourbonin →Isabella von Parma bestärkt haben. Ihr Tod durch die Blattern, nachdem er sie aufopfernd gepflegt hatte, war der erste große Schmerz seines Lebens. Zwei Jahre später folgte der geliebte Vater, der in Innsbruck in den Armen des Sohnes plötzlich am Schlagfluß starb. Zu einer 2. Ehe mit →Maria Josefa von Bayern zwang J. die Staatsräson, ihr baldiger Tod wird ihn weniger getroffen haben als der seiner Tochter aus 1. Ehe 3 Jahre später. Von da an hat J., durch das gehäufte häusliche Unglück hart und bitter geworden, ganz der Pflichterfüllung gelebt. Rastlose Arbeit für den als notwendig erkannten Zentralstaat und für das Wohl der ärmeren Schichten der Untertanen füllten sein Leben aus. Mißtrauen gegen seine Umgebung und die gewollte Beschränkung auf käufliche Frauen, die keinen Einfluß ausüben, aber seiner Gesundheit schaden konnten, führten zu einer mit den Jahren zunehmenden Vereinsamung. Über die große Zahl der Geschwister hat J., soweit es in seiner Macht stand, despotisch verfügt und dafür Haß geerntet, wie die geheimen Aufzeichnungen Ghzg. →Leopolds von Toskana zeigen. Die starke Bindung an die Mutter ist nicht zu bezweifeln, ebensowenig aber, daß sich die beiden gegensätzlichen Naturen das Leben schwer gemacht haben. Nach ihrem Tod war der Kaiser praktisch allein, nur von denen umgeben, die seinen Winken gehorchen mußten.

Das Betätigungsfeld, das ihm zunächst allein zur Verfügung stand, waren die Reichsangelegenheiten. Im Reich war J. schon 1764 Röm. König geworden, 1765 als 25jähriger Kaiser, doch dort konnte nicht viel reformiert werden. Lediglich der Reichshofrat wurde reorganisiert und etwas aufgewertet, alle weiteren Pläne mußten an der Machtlosigkeit des Kaisers und dem Mangel an Einkünften scheitern. Jeder Versuch zur Stärkung des kaiserl. Einflusses oder zu Erwerbungen, wie beim Aussterben der bayer. Wittelsbacher und später beim Tauschprojekt Bayern-Niederlande, mußte bei den meisten Reichsfürsten auf Widerstand stoßen, der schließlich 1785 im Fürstenbund gipfelte. Im Inneren hielt →Maria Theresia die Zügel fest in der Hand. Hier konnte J. nur auf das Militär Einfluß gewinnen, das nach preuß. Vorbild reformiert wurde, aber weit mehr bürgerliche Offiziere erhielt. Auch die Aufhebung der Folter (1776) war in erster Linie J. zu danken, der als Mitregent hier und da seine Meinung durchsetzen konnte. Die meisten Reformvorschläge des Kaisers scheiterten aber am Gegensatz zum Fürsten →Kaunitz und zu anderen Beratern der Kaiserin, die bei ähnlicher Zielsetzung viel vorsichtiger operierte. Die erzwungene Untätigkeit im Inneren hat J. durch ständige Reisen in die Provinzen und ins Ausland kompensiert. Kein österr. Herrscher vor oder nach ihm hat seine Länder so gut gekannt, keiner hat eine so eingehende persönliche Kontrolle ausgeübt. Vor allem die Reise nach Frankreich 1777 hat das spätere Reformwerk beeinflusst. Hier hat J. viel von dem verwirklicht gefunden, was er später zu Hause in charakteristischer Übereilung durchzuführen versuchte, am Hofe von Versailles aber auch viele Mißstände gesehen, die seinen Entschluß zu einer künftigen spartanischen Hofhaltung bestärkten. In Paris kam er auch mit den Hauptvertretern der Staatstheorien der Aufklärung in persönliche Berührung, in der Toskana konnte er die Verwirklichung ihrer Ideen beobachten. Lediglich in der Außenpolitik konnte der Kaiser, hier im Bund mit →Kaunitz, gegen den Willen der Mutter eine Expansionspolitik durchsetzen, die mit der Erwerbung Galiziens (1772), der Bukowina (1775) und des Innviertels (1779) den Verlust Schlesiens wenigstens

teilweise wettmachen konnte. Diese Gebiete sind, ähnlich den Eroberungen des im geheimen bewunderten Vorbilds →Friedrich von Preußen, nur mit unzureichenden Rechtsansprüchen an Österreich gekommen. Damit wurde ein gefährlicher Weg beschritten, dessen Weiterverfolgung den Kaiser dann zur Zeit der Alleinregierung isoliert und schließlich auch die Reformen im Inneren gefährdet hat.

Der unerwartete Tod →Maria Theresias (29.11.1780) hat den Sohn tief getroffen, ihm aber endlich Gelegenheit gegeben, seine langgehegten Pläne in die Tat umzusetzen. Das mußte rasch geschehen, da der seine Gesundheit nie schonende Kaiser ahnte, daß ihm nicht mehr allzuviel Zeit zur Verfügung stehen werde. Seine ersten Maßnahmen richteten sich gegen den von seiner Mutter bevorzugten Hofadel. Alle Gnadenpensionen wurden aufgehoben, die noch in Wien befindlichen Erzherzoginnen entfernt und der Hofstaat radikal eingeschränkt. Durch die Aufstellung allgemein gültiger Pensionsregeln sollte nicht mehr die Gnade des Herrschers, sondern der rechtmäßig erworbene Anspruch den Ausschlag geben. Gleichzeitig wurde das Vermögen des Staates von dem des Herrscherhauses getrennt. Am einschneidendsten wurden die Neuerungen auf kirchlichem Gebiet. Das Toleranzpatent vom Okt. 1781 sicherte den Anhängern der nichtkath. christlichen Konfessionen freie Religionsausübung und die politische Gleichberechtigung, wobei die kath. Kirche doch die bevorzugte Staatskirche blieb. Ausgenommen blieben nichtanerkannte Sekten, gegen die J. mit Härte vorging. Auch die Juden, deren Anteil an der Bevölkerung durch die Erwerbung Galiziens stark angestiegen war, wurden wenigstens von einem Teil der so lange erduldeten Demütigungen und Zurücksetzungen befreit. Das Ziel war hier nicht die Fortdauer ihrer Sonderart, sondern die allmähliche Assimilierung. Wichtig wurde für sie die nun mögliche freie Berufswahl und die höhere Schulbildung, die zu ihrem raschen Aufstieg im folgenden Jahrhundert führten. Von nun an überstürzten sich die kirchlichen Reformen, die erbarmungslose Ausmerzungen des barocken Kirchenprunks, der Folgeerscheinung der Gegenreformation, die Aufhebung der kontemplativen Orden und die Einziehung ihres Vermögens zugunsten eines Religionsfonds, der vor allem zur Errichtung neuer Pfarren und zur Verbesserung der Seelsorge verwendet wurde. Die Ausbildung der Priester wurde in Generalseminarien vom Staat übernommen, der Einfluß der Kurie völlig ausgeschaltet und der der Bischöfe eingeschränkt. Dagegen half auch der spektakuläre Besuch des Papstes →Pius VI. in Wien 1782 nichts. Er wurde von J. zwar respektvoll empfangen und vom Volk mit Jubel begrüßt, konnte vom Kaiser aber keinerlei Zugeständnisse erreichen. Der Sieg der kath. Aufklärung, bei dem den Kaiser eine kleine, aber einflußreiche Schicht von Priestern und der Intelligenz unterstützte, stieß beim Volk, das am alten Herkommen hing, auf Ablehnung. Gerade dadurch hat J. einen guten Teil seiner vorher zielbewußt erworbenen Volkstümlichkeit eingebüßt.

Nach der teilweisen Einziehung ihres Vermögens konnte die Kirche die Fürsorge für die Armen und Kranken nicht mehr erfüllen. Diese infolge der sozialen Veränderungen immer schwieriger werdende Aufgabe mußte nun der Staat übernehmen. Die frommen Stiftungen und das Vermögen der zahlreichen aus der Zeit der Gegenreformation stammenden Bruderschaften wurden zu einem|gemeinsamen Armenfonds vereinigt. Der Riesenbau des

Wiener Allgemeinen Krankenhaus, die Errichtung des Josephinums zur Ausbildung von Militärärzten, die Organisation von Altersheimen, von Findel- und Waisenhäusern, die rastlose Sorge um die Linderung des Elends der Ärmsten sind für J. charakteristisch. Überall in der Monarchie wurde eifrig daran gearbeitet, infolge des Mangels an entsprechenden Erfahrungen ist es dabei oft zu Härtefällen und Mißständen gekommen. J. hat alle diese Anstalten selbst mitgeplant und ständig persönlich überwacht. Auch hier hat sich die Bevölkerung zunächst schwer mit den Neuerungen abgefunden, die spätere Entwicklung aber hat dem Kaiser eigentlich in allem rechtgegeben.

Die Aufhebung der Leibeigenschaft der bäuerlichen Untertanen hatte besonders in Böhmen und Ungarn Bedeutung. Das Projekt, auch die Robot zu beseitigen und eine Grundherren und Bauern gleichzeitig belastende allgemeine physiokratische Grundsteuer einzuführen, konnte trotz langer Vorbereitungen wegen des Widerstands des Adels und des Mißtrauens der Bauern nicht durchgeführt werden. Der „große Plan“, wie einige Zeitgenossen die Steuerreform nannten, hätte das Habsburgerreich zum fortschrittlichsten Staat Europas gemacht. Er wurde, knapp vor der von den widerstrebenden Behörden immer wieder hinausgeschobenen Einführung, durch Leopold II. nach dem Tod J.s aufgehoben. Hier wurde J. nur mehr von den bürgerlichen Beamten unterstützt. In der Wirtschaftspolitik ist er hingegen den Grundsätzen des Merkantilismus treu geblieben. Die Einfuhr ausländischer Waren wurde durch Zölle unterbunden, die Errichtung einheimischer Manufakturen und Fabriken in jeder Weise gefördert. Damals sind von J. die ersten Verordnungen zum Schutz der Fabrikarbeiter, vor allem der Jugendlichen, erlassen worden. Die Zahl der Volksschulen wurde stark vermehrt und damit erst eine allgemeine Schulpflicht in der Praxis ermöglicht. Hingegen wurden einige Universitäten zu Lyzeen herabgedrückt und die Forschung nicht gefördert. Alles, was über die Ausbildung der Beamten, Ärzte und Pfarrer hinausging, hat der utilitaristisch denkende J. als Luxus angesehen. Dafür wurde die Zensur für Druckschriften in großzügiger Weise gelockert. Mit der dadurch entstehenden Broschürenflut und zahlreichen Periodica ist damals in der Monarchie zum erstenmal eine Art freier Presse und ein eigener Journalistenstand zur Entwicklung gekommen. Vor allem die kirchlichen Reformen wurden in einer Unzahl von Schriften besprochen, wobei J. auch gegnerische Ansichten zuließ. Damit sollte die öffentliche Meinung beeinflußt und die Mitarbeit der Bevölkerung gelenkt werden. Dazu wurden auch die Pfarrer eingesetzt, die immer mehr zu Vollzugsorganen der Staatsgewalt wurden. Diese Bemühungen hatten freilich nur geringen Erfolg, schon in den ersten Jahren der Alleinregierung des Kaisers stieg die Unzufriedenheit infolge der nun überall spürbaren lastenden Hand des Staates und der Macht der Beamten an. Das gewaltige Anwachsen der Staatsagenden machte auch eine neue Organisation der Polizei notwendig. Hier kann J. der Vorwurf nicht erspart werden, daß er mit der Schaffung der geheimen Polizei das Spitzelwesen gefördert hat, das dann im Vormärz seine höchste Ausbildung fand. Die Beamten wurden durch die Einführung geheimer Conduitelisten von der Beurteilung ihrer Vorgesetzten abhängig, ohne sich dagegen zur Wehr setzen zu können. Sie waren außerdem durch die stets wachsende Flut von Verordnungen, mit denen J. die kleinsten Einzelheiten im Leben der Untertanen regeln wollte, bei weitem überfordert.

Die Zentralisierung der Verwaltung hat J. mit allen Mitteln vorwärtsgetrieben. Alte historisch gebildete Landschaften wurden zu größeren Provinzen vereinigt. Die schon unter Maria Theresia stark eingeschränkten Landstände wurden nun zu völliger Bedeutungslosigkeit herabgedrückt. Im Gerichtswesen wurden die ständischen Sondergerichte beseitigt und so die Gleichheit vor dem Gesetz angestrebt. Die Todesstrafe wurde aufgehoben, dafür aber neue harte Strafen wie Schiffsziehen auf der Donau, schwere körperliche Züchtigungen, Gassenkehren und Prangerstehen eingeführt. Die abschreckende Wirkung der Strafe blieb also weiterhin oberstes Prinzip. J. hat selbst nicht selten die von den Gerichten verhängten Strafen verschärft, vor allem bei den Angehörigen bevorrechteter Stände. Für die Zeitgenossen war die Verhängung entehrender Strafen beim Adel ein Novum, das großes Aufsehen und merkwürdigerweise auch die Empörung der Bevölkerung erregte. Was sich in den deutschsprachigen Provinzen und in Böhmen und Galizien noch als möglich erwies, konnte im Kgr. Ungarn nicht durchgesetzt werden. J. hat sich dort nicht krönen lassen, um so den damit verbundenen Eid auf die ungar. Verfassung zu umgehen. Für die Magyaren wurde er so der „König mit dem Hut“, da er ja kein Recht hatte, die zur Empörung des ganzen Landes nach Wien verschleppte „Hl. Krone“, das Symbol der Einheit des Stefansreiches, zu tragen. Die Angleichung an die übrigen Länder der Monarchie, das Aufhören der adligen Selbstverwaltung der Komitate, die durch Distrikte ersetzt wurden, und vor allem die Einführung der deutschen Amtssprache an Stelle der lateinischen wurden als untragbar empfunden. Diese letztere Maßnahme darf nicht mit Germanisierungstendenzen verwechselt werden, sie war für die Schaffung eines Zentralstaates notwendig. Man kann J. sonst nirgends eine Bevorzugung seiner deutschen Untertanen vorwerfen. In Ungarn haben die von Wien diktierten Maßnahmen einen Widerstand erweckt, der fast zum offenen Aufruhr führte, bei den übrigen Nationalitäten, vor allem den Rumänen, die endlich die Gleichberechtigung erhalten sollten, wurde die Nationsbildung dadurch gefördert. Der ungar. Adel dachte bereits an die Absetzung der Dynastie und verhandelte mit Preußen; in Siebenbürgen haben sich die unterdrückten Rumänen, die von den Verordnungen sofortige Hilfe erwarteten, in einem blutigen Aufstand erhoben. Zur offenen Rebellion ist es in den österr. Niederlanden gekommen, hier vor allem wegen der religiösen Reformen. Der belg. Aufstand wurde durch den unmittelbar folgenden Ausbruch der Revolution in Frankreich sehr gefährlich. Als größter Fehler des Kaisers hat sich die Fortsetzung einer aggressiven Politik nach außen neben dem radikalen Umbau des Staates im Inneren erwiesen. Das mußte die Kräfte des Landes bei weitem überfordern. 1782 wurde der seit dem Span. Erbfolgekrieg in Kraft stehende Barrierevertrag mit der Besetzung belg. Festungen durch holländ. Truppen von J. einseitig gekündigt. 1784 konnte er die Aufhebung der seit 1648 bestehenden Scheldesperre gegen den Willen der Westmächte nicht mehr durchsetzen. J.s großes Tauschprojekt, das für die Preisgabe der entfernten Niederlande den Erwerb Bayerns bringen sollte, konnte trotz der Zustimmung des Kf. →Karl Theodor nicht durchgeführt werden, da sich die deutschen Fürsten unter preuß. Führung entschieden einem solchen Machtzuwachs des Kaisers im Reich widersetzten. Pläne zur Erwerbung venezian. Gebiete sind nicht mehr zur Durchführung gekommen. Dagegen zwang J. seinen Bruder →Leopold, der künftigen Vereinigung der Toskana mit der Monarchie zuzustimmen. Verhängnisvoll wurde J.s enge Bindung an Rußland, in der er einen Ersatz

für das nur mehr in der Theorie bestehende Bündnis mit Frankreich suchte. Sie führte 1787 zu einem gemeinsamen Krieg gegen die Pforte. Im Feldzug von 1788 hat sich J., wie schon früher 1778 im Bayer. Erbfolgekrieg gegen Preußen, trotz seiner militärischen Neigungen als unfähiger Oberbefehlshaber erwiesen, der einander widersprechende Anordnungen ausgab und dem im entscheidenden Augenblick der Mut zu Opfern fehlte. Der Türkenkrieg, bei dem ein Grenzkordon errichtet wurde, der türk. Einfälle nicht hindern konnte, wurde mit ungeheuren Kosten rein defensiv geführt. Er hat die schon durch die Reformen belasteten Staatsfinanzen vollends in Unordnung gebracht und vor allem von Ungarn große Opfer gefordert, die den Widerstandswillen und die allgemeine Unzufriedenheit verstärkten. Das Heer wurde durch Krankheiten stark dezimiert und die schon lange infolge ständiger Überforderung geschwächte Gesundheit J.s gänzlich ruiniert. Der im Okt. 1789 durch →Laudon endlich erreichte Erfolg der Eroberung Belgrads kam zu spät.

Die gleichzeitigen Ereignisse in Frankreich, die doch seine Absichten in vielem bestätigten, hat J. mit Mißtrauen und in Bezug auf die Ereignisse in den österr. Niederlanden mit Besorgnis betrachtet. Im Winter 1789/90 schien das Verhängnis von allen Seiten über die Monarchie hereinzubrechen, während J. meist ans Krankenlager gefesselt war. Wie sollte eine Regierung, die so ausschließlich auf seine Person gestellt war, bei der zunehmenden Ausschaltung des Kaisers von den Geschäften weiter bestehen können? Ein drohendes Bündnis Preußens mit den Türken, die von den Großmächten anerkannte Lostrennung Belgiens, ein unmittelbar vor dem Ausbruch stehender Aufstand in Ungarn haben die Berater J.s veranlaßt, den Todkranken knapp vor dem Ende zur Rücknahme der wichtigsten Reformen zu bewegen. Lediglich das Toleranzpatent, die wichtigsten kirchlichen Reformen und die Aufhebung der Leibeigenschaft blieben bestehen. Die letzten Wochen der Krankheit J.s wurden dadurch, daß er das völlige Scheitern seiner Lebensarbeit noch vor Augen hatte, und durch den Tod der Erzhzgn. →Elisabeth im Kindbett (1790), der von J. geförderten Gemahlin des Erzhzg. →Franz, zu einer erschütternden Tragödie. Erzhg. →Franz war von J. dem Vater Leopold weggenommen und von ihm für seine künftige Aufgabe als Thronerbe erzogen worden, ein Beginnen, für das der ungeduldige, überarbeitete und autoritäre J. freilich denkbar ungeeignet war. Ghzg. →Leopold hat sich trotz der wiederholten dringenden Bitten des Sterbenden, nach Wien zu kommen und die Geschäfte von ihm zu übernehmen, erst nach dem Empfang der Todesnachricht auf den Weg gemacht. So starb J. allein, unter dem Eindruck des Scheiterns seines mit solcher Energie vorangetriebenen Experiments. Allgemeine Verwünschungen des unter der Teuerung und dem Krieg leidenden Volkes und der Jubel über den Regierungsantritt →Leopolds wurden bei seinem Tode laut. Das alles geschah zur selben Zeit, als in Frankreich viel von dem nachgeholt wurde, was J. in der Monarchie bereits verwirklicht hatte.

Die nächsten Jahrzehnte haben erwiesen, daß wertvolle Errungenschaften der josephin. Reform nicht mehr beseitigt werden konnten. Sehr bald hat sich auch das Bild des „Revolutionärs auf dem Thron“ grundlegend geändert. Die Einführung der Toleranz und die Aufhebung der Leibeigenschaft konnten zwar in der Praxis verzögert, grundsätzlich aber nicht mehr beseitigt werden. Der Adel hat seine alte Stellung nicht mehr zurückgewinnen können, die von J.

beeinflusste öffentliche Meinung ertrug auch in den folgenden Jahrzehnten viele Privilegien nicht mehr. Vor allem sind das von ihm geschaffene Beamtentum und das Heer, für dessen Reorganisation viel mehr geleistet worden war als die militärischen Mißerfolge erkennen lassen, bestehen geblieben und haben als Bindeglied der auseinanderstrebenden Kräfte des Vielvölkerstaates die Existenz der Monarchie noch über ein Jahrhundert verlängert. Damit wurde J. trotz aller späteren Anfeindungen der Konservativen und der Kirche und trotz aller kritiklosen und einseitigen Verherrlichung durch die Liberalen doch eine Art Symbol der Erneuerung des Habsburgerreiches. Dem Onkel und nicht dem Vater hat →Kaiser Franz I. im folgenden Jahrhundert ein monumentales Reiterstandbild in der Residenzstadt errichten lassen. Schon damals wußte man, was man J. im Kampf gegen die Franz. Revolution verdankte. Ohne die vorausgegangene Reformtätigkeit, von Maria Theresia klug eingeleitet und von J. radikal fortgesetzt und übersteigert, wäre der so lange andauernde Widerstand der Gesamtmonarchie gegen die franz. Hegemonialbestrebungen nicht möglich gewesen. J. nimmt unter den aufgeklärten Despoten eine Sonderstellung ein. Er hat sich nicht wie Friedrich und Katharina auf den Adel stützen können, da er viel schärfer gegen dessen Vorrechte vorging. Bei dem in den habsburg. Ländern noch schwachen Bürgertum und bei den Bauern fand er, in der knappen zur Verfügung stehenden Zeit, nicht die nötige Hilfe. So hat er, von wenigen Getreuen unterstützt, einen nur auf seine Person gestellten Kampf führen müssen. Etwas mehr Glück, eine längere Regierung und die Korrektur seiner verhängnisvollen Neigung, stets den zweiten Schritt vor dem ersten zu tun, die ihm →Friedrich d. Gr. mit Recht vorwarf, hätten J. einen größeren Erfolg sichern können. Die Bedeutung J.s wird auch durch den Begriff „Josephinismus“ unterstrichen, der im engeren Sinn eine staatskirchliche Politik bedeutet, die in allen nichtgeistlichen Belangen die Kirche dem Staat unterstellt und nutzbar macht, aber auch auf rein kirchlichem Gebiet stets im Sinn der Aufklärung und des zentralistischen Absolutismus Einfluß nehmen will. Diese Bestrebungen haben schon unter Maria Theresia eingesetzt, fanden aber bei J. ihre stärkste Ausprägung. Sie wurden auch von den Nachfolgern des Kaisers wenigstens teilweise fortgesetzt. Im weiteren Sinn wird unter Josephinismus eine geistige Haltung verstanden, die vor allem das österr. Beamtentum, den Klerus und das Heer erfaßt hat und in ihren Wirkungen bis zum Ende der österr.-ungar. Monarchie spürbar blieb.

## **Werke**

(J. Kropatschek), Hdb. aller unter J. II. f. d. k.k. Erbländer ergangenen Verordnungen u. Gesetze, 1785/90;

A. v. Arneth, Marie Antoinette, J. II. u. Leopold II., Ihr Briefwechsel, 1866;

ders., Maria Theresia u. J. II., Ihre Corr. samt Briefen J. an s. Bruder Leopold, 1867 f.;

ders., J. II. u. Katharina v. Rußland, Ihr Briefwechsel, 1869;

ders., J. II., u. Leopold II., Ihre Corr., 1872;

ders., u. J. Flammermont, Correspondance secrète du comte de Mercy-Argenteau avec l'empereur J. II. et le prince de Kaunitz, 1889/91;

S. Brunner, Correspondence intime de l'empereur J. II. avec ... Cobenzl et ... Kaunitz, 1871;

A. Beer, J. II., Leopold II. u. Kaunitz, Ihr Briefwechsel, 1873;

ders., u. J. v. Fiedler, J. II. u. Gf. Ludwig Cobenzl, Ihr Briefwechsel, 1901;  
H. Schlitter, Geh. Korr. J. II. m. s. Min. in d. Österr. Niederlanden Ferdinand Gf. Trauttmansdorff, 1902;  
R. Payer v. Thurn, J. II. als Theaterdir., Ungedr. Briefe u. Akten, 1920.

## Literatur

ADB 14 (Fournier);  
Verz. b. Uhlirz I u. II/1, 1927/30;  
- A. F. Geisler, Skizzen aus d. Charakter u. Handlungen J.s II., 1783/91;  
A. J. Groß-Hoffinger, Lebens- u. Regierungsgesch. J.s II., 1835/37;  
F. Gräffer, J.inische Curiosa, 1848/50;  
A. v. Arneth, Gesch. Maria Theresias, 1863-79;  
G. Wolf, Josephina, 1870;  
ders., Das Unterrichtswesen in Österreich unter J. II., 1880;  
H. Schlitter, Die Reise d. Papstes Pius VI. nach Wien, 1892;  
ders., Die Regierung J.s II. in d. Niederlanden, 1900;  
C. Criste, Kriege unter Kaiser J. II., 1904;  
P. v. Mitrofanov, J. II., 1910 (*grundlegend*);  
H. Gnau. Die Zensur unter J. II., 1911;  
G. Holzknecht, Ursprung u. Herkunft d. Reformideen J. II. auf kirchl. Gebiet, 1914 (*wichtig*);  
H. Pirenne, Hist. de Belgique V, <sup>2</sup>1926;  
R. Gf. Khevenhüller-Metsch u. H. Schlitter, Aus d. Zeit Maria Theresias, Tagebuch d. Fürsten J. J. Khevenhüller-Metsch, bes. Bd. 7 u. 8, 1925, 1972;  
J. März, J. II., Kaiser u. Siedlungspol., 1928;  
F. Engel-Jánosi, J.s II. Tod im Urteil d. Zeitgenossen, in: MIÖG 44, 1930;  
J. Lupas, J. II. u. d. Bauernaufstand in Siebenbürgen, in: Südostdt. Forschungen 3, 1938;  
V. Bibl, Kaiser J. II., 1943;  
E. Winter, Der Josefinismus, 1943, <sup>2</sup>1962;  
ders., J. II., Von d. geistigen Grundlagen u. letzten Beweggründe s. Reformideen, 1946;  
F. Valjavec, Der Josefinismus in Österreich, <sup>2</sup>1943;  
F. Walter, Die österr. Zentralverwaltung 1780-92, 1950;  
F. Fejtö, J. II., Kaiser u. Revolutionär, 1956;  
O. Sashegyi, Zensur u. Geistesfreiheit unter J. II., 1958;  
E. Lesky, Einführung z. Nachr. an d. Publikum üb. d. Einrichtung d. Hauptspitals in Wien, 1960;  
R. Rozdolsky, Die gr. Steuer- u. Agrarreform J.s II., 1961;  
F. Walter, in: Gestalter d. Geschichte Österreichs, 1962;  
A. Wandruszka, Österreich u. Italien im 18. Jh., 1963;  
ders., Kaiser Leopold II., 1963 f.;  
K. O. v. Aretin, Kf. Karl Theodor u. d. bayer. Tauschprojekt, in: Zs. f. bayer. Landesgesch. 25, 1962;  
P. P. Bernard, The Origins of Josephinism, 1964;  
ders., J. II., 1968;  
ders., J. II. and the Jews, in: Austrian Hist. Yearbook <sup>4</sup>/<sub>5</sub>, 1968/69;  
H. Conrad, Recht u. Vfg. d. Reichs in d. Zeit Maria Theresias, 1964;



E. Zöllner, Bemerkungen z. Problem d. Beziehungen zw. Aufklärung u. Josefinismus, in: Österreich u. Europa, Festgabe f. H. Hantsch, 1965;  
H. Wagner, Die Frankreichreise J.s II. 1777, ebd.;  
ders., Einführung zu J. Richters J. II. vor Minos Richterstuhl, 1967;  
ders., Wien v. Maria Theresia b. z. Franzosenzeit, Aus Tagebüchern d. Gf. Karl v. Zinzendorf, 1972;  
F. Hennings, Das j.inische Wien, 1966;  
E. Wangermann, Von J. II. zu d. Jakobinerprozessen, 1966;  
S. K. Padover, The Revolutionary Emperor J. II., <sup>2</sup>1967;  
G. Winner, Die Klösteraufhebungen in Niederösterreich u. Wien, 1967;  
A. H. Benna, Der Kronprinzenunterricht J.s II. in d. inneren Vfg. d. Erbländer u. d. Wiener Zentralstellen, in: Mitt. d. Österr. Staatsarchivs 20, 1967;  
G. Otruba, Zur Gesch. d. Frauen- u. Kinderarbeit in Österreich, in: Veröff. d. Verbandes österr. Gesch.vereine 17, 1968;  
M. Bernath, Habsburg u. d. Anfänge d. Rumän. Nationsbildung, 1972.

### **Portraits**

*u. a. v.* J. E. Liotard, 1761 (Genf, Musée d'Art et d'Hist.), u. P. Battoni, 1769 (Wien, Kunsthist. Mus.). Die meisten d. zahlr. späteren Porträts sind nach Vorlagen gemalt.

### **Autor**

Hans Wagner

### **Empfohlene Zitierweise**

Wagner, Hans, „Joseph II.“, in: Neue Deutsche Biographie 10 (1974), S. 617-622 [Onlinefassung]; URL: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd118558404.html>

## ADB-Artikel

**Joseph II.**, deutscher Kaiser aus dem Hause Habsburg-Lothringen, ältester Sohn Franz I. und der Maria Theresia, geb. am 13. März 1741, † am 20. Febr. 1790. Josephs Geburt fällt in die Zeit, in welcher eine gewaltige Coalition sich bildete, um Maria Theresia den größten Theil ihres Erbes, der Herrschaft über die österreichischen Länder, streitig zu machen, welche ihr der Vater, Kaiser Karl VI., durch die pragmatische Sanction und deren Garantie von Seiten der Mächte völlig gesichert zu haben glaubte. Ein wichtiges Stück deutscher und europäischer Geschichte wird es immer bleiben, wie es der jungen Fürstin — nicht ohne große Opfer — gelang, ihren Thron zu befestigen und ihrerseits im J. 1780 ihrem Nachfolger die Herrschaft als solid gegründeten Besitz zu hinterlassen. Aber schon 10 Jahre später, da J. aus dem Leben schied, war neuerdings die Existenz der Monarchie in Frage gestellt, einzelne Provinzen in offenem Aufruhr, andere in weitgehender Opposition gegen das Staatsoberhaupt, und wenn am Tage seiner Geburt Oesterreich von auswärts Gefahr gedroht hatte, so lag dieselbe bei seinem Tode in der Zersetzung der inneren Elemente, die vielmehr enger zu verknüpfen, zu einer mächtigen Einheit zu gestalten, die hauptsächlichste Absicht des Herrschers gewesen war. Wie ein Monarch von den gewiß besten Intentionen so weit sein Ziel verfehlen konnte? Man wird die Antwort auf diese Frage erst dann geben können, wenn die sämmtlichen Akten der Regierung Josephs eine genaue, erschöpfende, wissenschaftliche Durchforschung erfahren haben werden. Das ist zur Stunde, wo dies geschrieben wird, noch keineswegs der Fall. Noch fehlt eine grundlegende, umfassende Darstellung seiner Wirksamkeit und Bedeutung, und was hier, im engen Rahmen eines biographischen Artikels, geboten wird, kann und soll sie nicht ersetzen. Genug, wenn im großen Umriß die wesentlichsten Momente dieses Fürstenlebens und seines Zusammenhanges mit den öffentlichen Vorgängen übersichtlichen Ausdruck finden.

Unsere Kenntniß von dem Bildungsgange Josephs ist lückenhaft genug. Wir wissen nur, daß seine erste Erziehung völlig verfehlt worden war. Das lebhaft aber flüchtige Naturell, ein früh entwickelter Starrsinn, Spottsucht und Anmaßung des Knaben entfalteten sich eher mehr als daß sie verschwanden. Die Vorschrift der Mutter für seine Lehrer, man möge ihn „spielend lernen“ lassen, wurde völlig verkehrt zur Ausführung gebracht: er spielte, aber er lernte nichts, und die unfeine Natur seines Ajo, des Grafen Batthyanyi, war ebenso wenig geartet, bessernd einzugreifen, als die Pedanterie der Instructoren, ihm Lust und Liebe zu wissenschaftlichen Dingen beizubringen. Selbst später, da der offene Kopf des jungen Mannes, von seinem Naturrechtslehrer Martini trefflich unterwiesen, mit Eifer die Doctrinen des Jahrhunderts in sich aufnahm, fehlte es doch immer an Gründlichkeit und Ausdauer, so daß der große Gegner Oesterreichs mit Recht bemerken konnte, J. habe bei aller Begierde, zu lernen, nicht die Geduld gehabt, sich zu unterrichten. Exacte Wissenschaften, die nicht unmittelbar im Dienste des Staates standen, hat er zeitlebens nicht hoch angeschlagen und nur wenig unterstützt. Dagegen hat er früh geschätzt und anerkannt, was immer praktische politische Erfolge versprach. Denn sein Staatsgefühl war mächtig entwickelt, und so unbedingt und ohne

jeden persönlichen Rückhalt er selbst sich in den Dienst des öffentlichen Wohles begab, ebenso war auch sein Interesse an den Theorien seiner Zeit immer an die Rücksicht auf die Förderung und Machterhöhung des Staates gebunden. Aus den Schriften einzelner französischer Economisten mag er die doctrinäre Geringschätzung alles Herkommens und alles historisch Gewordenen, jeder Bevorrechtung und corporativen Selbständigkeit im Staate, zugleich aber auch die Vorstellung in sich aufgenommen haben, daß ein einziger uneingeschränkter Herrscherwille das Werk unerläßlicher Reformen im Sinne der Humanität und Wohlfahrt vollbringen müsse. Und das war eine Ueberzeugung, die durch den Einfluß der beiden größten Autoritäten jener Tage nur noch gekräftigt wurde: durch die Schriften Voltaire's und durch das lebendige Beispiel Friedrichs II. von Preußen.

Nachdem J. seit dem Jahre 1759 bei einzelnen untergeordneten Behörden, insbesondere beim Bancorath, den praktischen Dienst kennen gelernt hatte, ward er, 1761, zu den Sitzungen des neugegründeten Staatsraths herangezogen. Während dieses praktischen Lehrganges hat er sich eifrig private Aufzeichnungen über Alles gemacht, was ihm als Fehler oder Irrthum in der Verwaltung erschien, und sein Urtheil in Denkschriften an die Kaiserin zusammengefaßt. Namentlich in einer derselben, die in diesen ersten sechsziger Jahren entstand und der er den Titel „Träumereien“ (Rêveries) gab, trat er mit Grundsätzen hervor, die ihn in späterer Zeit geleitet haben. Zweierlei Hauptforderungen stellt er auf: die absolute Macht des Souveräns, Alles für das Wohl des Staates thun zu können, und die Herbeischassung der nöthigen Mittel, um denselben ohne auswärtige Hülfe aufrecht zu erhalten. Ohne absolute Gewalt (despotisme lié), durch Gesetze, Statuten und Eidschwüre beschränkt, in denen die einzelnen Länder ihr Palladium erblicken, die ihnen aber doch nur zum Nachtheile gereichen, sei es unmöglich, daß ein Staatswesen glücklich und sein Oberhaupt im Staude sei, große Dinge zu vollbringen. Namentlich in den Vorrechten des Adels und den ständischen Prärogativen sieht er ein Haupthinderniß. Die grundbesitzenden Geschlechter seien mit denselben Abgaben zu belegen, die jeder Unterthan entrichte. Verliere der Hof auch damit einen Theil seines Glanzes, so werde der Verlust doch reichlich aufgewogen durch die gesteigerte innere Kraft des Staates, durch gute Gesetze, strenge Handhabung des Rechtes, wohlgeordnete Finanzen, ein Achtung gebietendes Kriegsheer — gegen dessen damals geplante Reduction J. besonders auftrat — und durch eine blühende Industrie. Damit hatte sich der Kronprinz, „ein junger Mann ohne Erfahrung und ohne großen Fleiß“, wie er selbst sich aufrichtig kennzeichnet, nicht allein mit dem alten System ständischer Mitregierung und Verwaltung sondern auch mit dem Regierungsprinzip seiner Mutter in Widerspruch gesetzt, welche in allmählicher Einschränkung, nicht in verletzender Beseitigung der lehensrechtlichen Gewalten die durch die veränderten Zeitverhältnisse gebotenen Reformen durchzuführen unternommen hatte. Bis zum Tode seines Vaters blieb aber J. ohne jeglichen Wirkungskreis, und die römische Königswürde, die er durch die Wahl der Kurfürsten (27. März 1764) erlangte, bot ebenso wenig ein Feld für die ersehnte Thätigkeit. Das änderte sich erst, als Franz I. am 18. August 1765 das Zeitliche segnete und Maria Theresia ihren ältesten Sohn, der dem Verstorbenen als Kaiser folgte, im September des genannten Jahres zur Mitregentschaft an ihre Seite berief. Jetzt trat aber jene Differenz der

Lebensanschauungen und Regierungsgrundsätze nur noch deutlicher hervor. Maria Theresia verzichtete keineswegs auf die Alleinherrschaft und that offenkundig, daß es ihr ferne liege, durch die Heranziehung des jungen Kaisers den ihr zustehenden Herrscherrechten irgend etwas zu vergeben. Sie forderte J. 's Antheilnahme nur im Sinne des bisherigen Systems. Dieser fühlte sich dadurch in seinen Hoffnungen, seine eigenen Ansichten in die Regierung einführen zu können, getäuscht, opponirte, wo er konnte, und verweigerte es endlich, seinen Namen unter Decrete zu setzen, die seinen Ueberzeugungen entgegen waren. Es entstand ein Zwiespalt, der sich im Laufe der anderthalb Jahrzehnte bis an den Tod der Kaiserin immer mehr verschärfte und nur dadurch ohne direct schädliche Wirkung auf die Geschäfte blieb, daß Maria Theresia fest bei ihrer Regierungspraxis verharrte, Kaunitz, der einflußreichste Minister, der Josephs Eingreifen als eine Beeinträchtigung seiner eigenen Geltung fürchtete, vermittelte, und Joseph in den meisten Fällen nachgab, nicht ohne jedoch seine Meinung über die Schäden der Verwaltung und ihre mögliche Heilung in immer neuen Memoires seiner Mutter gegenüber auszusprechen. Dieselben zeigen alle Vorzüge und alle Mängel seiner späteren Alleinherrschaft im Keime: die vortreffliche Intention, den gesteigerten Forderungen der Zeit Rechnung zu tragen, aber auch den inneren Widerspruch in seinen eigenen, allzu rasch und ohne ausreichende Prüfung gefaßten Vorstellungen und Rathschlägen, der später zu der Fluth von Decreten im Großen und Kleinsten und zu deren häufiger Widerrufung durch neue Gesetze geführt hat. Im J. 1765 tadelt er die herrschende Erziehungsmethode auf vorwiegend religiöser Grundlage, rath zu einer Milderung der strengen Censurvorschrift, welche namentlich die Fremden von Oesterreich fern halte, dem Uebel unsittlicher Lectüre aber doch nicht steuere, und empfiehlt Toleranz in Religionssachen. Aber weder diese noch andere, eine Neuorganisation der Verwaltung bezielende Vorschläge, die er selbst „kühn“ nannte, wurden von Maria Theresia durchgeführt. Von größerer Bedeutung war ein zweites Memorial vom 27. April 1773 über die Gebrechen der Regierung und die Mittel zur Abhülfe. J. forderte Einheit der Verwaltung, Uebersicht des Staatshaushalts, und schlug zur Realisirung dieses Zweckes eine höchste dirigirende Stelle vor, ein „geheimes Cabinet“, anstatt des in Kleinlichem sich erschöpfenden Staatsraths, für alle wesentlichen Gegenstände der inneren und äußeren Politik unter der Leitung des Mitregenten oder eines andern Premierministers. Dieser neue Vorschlag regte vor Allem den Fürsten Kaunitz auf, der in demselben eine Mißtrauenserklärung gegen die Thätigkeit der Staatskanzlei erkannte. Eine gleichzeitige Meinungsdivergenz zwischen dem Kaiser und dem Minister in Sachen des jüngsterworbenen Galizien verschärfte den Zwiespalt. Kaunitz gab seine Entlassung. Maria Theresia verweigerte die Annahme. Wenige Tage später, am 9. Decbr. 1773, bat J., ihn seinen Reichsgeschäften und seinen Büchern zu überlassen und von der Stelle eines Mitregenten zu entheben. Es kam zu einer der von da ab sich mehrenden Scenen zwischen Sohn und Mutter, welche allerdings immer mit einer herzlichen Verständigung der Gemüther endigten, die den Conflict beschwor, ohne jedoch die kleinste Annäherung in den politischen Grundsätzen und Anschauungen herbeizuführen. Maria Theresia blieb was sie war, und die Vorstellung ihrer bewährten Rätthe (vor Allem Kaunitz' und Blümegen's): die Mängel des gegenwärtigen Systems seien von geringerem Nachtheile für den Staat als der stete Wechsel in den obersten Regierungsprinzipien, machte nachhaltigeren Eindruck auf sie als das ehrgeizige Drängen des Sohnes. Nur

in vereinzelt Ressorts und in wenigen acuten Fragen hatte J. die letzte Entscheidung. Das war der Fall in allen Militärangelegenheiten, die er, von Lacy (seit 1766 Hofkriegsrathspräsident) unterstützt, allein dirigierte — seine Bevorzugung des Militärs war aber gewiß mehr ein Ausdruck seiner Opposition gegen den bevorrechteten Adel, in dessen Händen die Civilsachen lagen, als eine Geringschätzung dieser Letzteren selbst. Außerdem hatte ihm Maria Theresia in der Neueinrichtung des Hofstaates, bei der sich J. ohne Rücksicht auf Etiquette und Herkommen, lediglich von Grundsätzen der Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit leiten ließ, freien Spielraum gelassen — zum nicht geringen und schlecht verhehlten Verdruß aller Derjenigen, die ihre Persönlichkeit nur in den veralteten Formen des Höflingswesens hatten zur Geltung bringen können. Ebenso hatte Maria Theresia in Sachen der Justizreform dem Corregenten das letzte Wort eingeräumt. Die Abschaffung der Tortur (23. December 1775) ist im Grunde als sein Werk anzusehen, nachdem der Staatsrath, welcher nach dem Conflict des J. 1773 neu organisirt worden war, den Gegenstand durchgesprochen hatte. Damals war es, wo J. zugleich den Gedanken auf Abschaffung oder mindestens Einschränkung der Todesstrafe anregte, wenn auch zunächst ohne Erfolg. In anderen Fragen hingegen, insbesondere seinen weitgehenden Forderungen in Sachen der religiösen Toleranz gegenüber, blieb Maria Theresia fest auf ihrem alten Standpunkte und ließ nur allmählich eine Einengung des kirchlichen Machtgebietes im Staate eintreten. Als J. im J. 1777 sich heftig über harte Maßregeln gegen einige hundert Personen in Mähren, die zum Lutherthum übertreten wollten, herausließ, trat sie ihm mit dem Vorwurfe entgegen, er gehe zu rasch in seinen Ideen vor; bei einem Privatmann sei schnelles Handeln aner kennenswerth, der Herrscher jedoch müsse überlegen, Grundsätze und Gesetze des Landes beobachten und sich nur dann von ihnen entfernen, wenn er bessere zu machen im Stande sei, nicht bloß nach seinem eigenen Willen, sondern nach dem aller Anderen. Von da ab war in der inneren und äußeren Politik eine völlige Harmonie nicht mehr zu erzielen.

Dieser Zwiespalt und das Mißbehagen über seine eingeschränkte, machtlose Position, ließen Joseph zeitweilig auf Reisen gehen und Geschäften den Rücken kehren, deren endgiltige Erledigung ja doch nicht bei ihm lag. „Ich sah vorher“ — lautet eine Stelle in seinem Enthebungsgesuch aus dem J. 1773— „daß ich in Anbetracht meiner Stellung und vielleicht auch meiner Denkweise die Rolle meines verewigten Vaters nicht spielen könne. Was that ich also? Ich trachtete zu reisen und mich dadurch selbst dem mir durch Ihre Liebe so werthvollen Verkehr mit Ihnen zu entziehen“. Das war jedoch nicht der alleinige Grund. Schon in dem Memoire vom J. 1765 hatte er die Nothwendigkeit betont, daß das Staatsoberhaupt sich durch häufige Reisen in seinen Ländern von dem wahren Zustande derselben persönlich überzeuge. Diese Reisen hätten möglichst prunklos und unerwartet in Scene zu gehen. Er selbst wählte für die seinigen das Incognito eines Grafen von Falkenstein. Noch im selben Jahre 1765 finden wir ihn in Tirol, 1766 in Mähren und Böhmen auf einer militärischen Inspectionsreise, 1768 in Süd-Ungarn und der Militärgrenze, 1769 in den italienischen Provinzen und darüber hinaus in Rom, Turin, Modena, Parma und Neapel, 1770 in Westungarn und Mähren, in den ersten siebenziger Jahren in Böhmen, um der dort wüthenden Hungersnot!) zu steuern, 1773 in dem neuerworbenen Galizien, in Siebenbürgen u. a. a. O. Vor allen andern aber| wichtig sind drei Besuchsreisen ins Ausland, die J. zunächst die Bekanntschaft

mit den hervorragendsten Fürsten Europa's und vielfache Kenntniß fremder Verhältnisse einbrachten. Sie standen mit der auswärtigen Politik Oesterreichs in engem Zusammenhange und müssen unter diesem Gesichtspunkte gewürdigt werden.

Durch die Machtvergrößerung Preußens im ersten und zweiten schlesischen Kriege und das Aufstreben Rußlands gedrängt, hatte Oesterreich im J. 1756 sein politisches System durchaus geändert. Preußen namentlich hatte durch die Eroberung Schlesiens sich auf Kosten Oesterreichs zur europäischen Großmacht aufgeschwungen. Den erlittenen Schaden gutzumachen, die frühere Ausdehnung der Machtsphäre und damit die alte Ueberlegenheit der eigenen Kräfte über die des Nachbars im Norden wiederzuerlangen, führte dazu, daß der Wiener Hof die Verbindung mit England aufgab und sich seinem langjährigen Gegner, Frankreich, näherte. Im Bunde mit diesem und mit dem auf Preußens Aufschwung eifersüchtigen Rußland ward sofort ein siebenjähriger Krieg um das entrissene Land und zur Demüthigung Friedrichs II. unternommen. Gegen diese Coalition seine neue Stellung wirksam vertheidigt zu haben, macht die historische Größe des Preußenkönigs aus. Der Weg nach Schlesien war nunmehr versperrt, und wenn auch der Wunsch, die verlorene Provinz wiederzuerlangen, noch immer rege blieb, so acceptirte doch das Wiener Cabinet zunächst die Thatsache ihres Verlustes und gab seiner Absicht, das eingebüßte Machtquantum durch Eroberung zu ersetzen, andere Richtungen: Polen und Baiern, Venedig und die Türkei traten in den Gesichtskreis einer Politik, deren Ziel es war, Oesterreich zur Höhe einer dominirenden mitteleuropäischen Großmacht zu erheben. Der Träger dieses auf der Versailler Allianz basirten Systems war Kaunitz. Er vertrat es sowol unter Maria Theresia als auch während der zehn Jahre von Josephs II. Alleinherrschaft, wo es durch des Kaisers stürmischen Ehrgeiz noch mehr verschärft wurde, und erst als die französische Revolution den Bund mit Oesterreich verwarf und mit elementarer Gewalt zum Kriege drängte, fand ein Wechsel in den auswärtigen Beziehungen statt. Die erste wichtige politische Reise Josephs nun ist die nach Neiß zu Friedrich II. im Jahre 1769. Sechs Jahre zuvor war der Hubertusburger Friede geschlossen worden. Schon 1766 hatte der junge Kaiser den Wunsch geäußert, den großen Fürsten und Feldherrn kennen zu lernen. Damals hatte Kaunitz abgemahnt. Jetzt rieth der Minister selbst dazu. In den Tagen vom 25. 28. Aug. 1769 war J. Friedrichs II. Gast. Er wurde nicht müde, die Freundschaftsbezeugungen des Königs mit der Versicherung zu erwidern, daß es für Oesterreich kein Schlesien mehr gäbe. Fand er damit auch nicht den rechten Glauben, so war doch die Begegnung dadurch von Werth, daß man sich versprach, unter allen Umständen den geschlossenen Frieden aufrecht zu erhalten und sich von dem damals ausgebrochenen Kriege Rußlands mit der Türkei zu keiner Feindseligkeit gegen einander fortreißen zu lassen. Von biographischem Interesse ist das Urtheil, welches Friedrich damals über seinen jungen Gast fällt: „Der Kaiser ist ein Mann von lebhaftem Geiste und lebenswürdigem gewinnenden Wesen. Er hat ernsthaften Sinn für das Militär. Er ist von Ehrgeiz verzehrt. Ich kann im Augenblicke noch nicht sagen, ob er es auf Venedig, Baiern oder Lothringen abgesehen hat; aber es ist sicher, daß Europa in Flammen stehen wird, wenn er zur Herrschaft gelangt“. Und an einer anderen Stelle bemerkt er an J. einen lebenswürdigen Charakter, Frohsinn und Lebhaftigkeit; seine Offenherzigkeit aber erklärt er für

affectirt. Ein Jahr später, als Friedrich im September (3.—7.) 1770 den Besuch zu erwiedern nach Mährisch-Neustadt kam, weiß er des Kaisers fortgeschrittene Kenntniß der französischen Poesie zu rühmen, seine Abneigung gegen den Aberglauben und gegen die Engherzigkeit der Censur, seine einfachen| Sitten. Bei dieser zweiten Zusammenkunft war Kaunitz zugegen und in den Gesprächen zwischen ihm und dem Könige liegt der Versuch einer Annäherung der beiden Mächte in der orientalischen Frage, welche die drohende Gefahr eines österreichisch-russischen Krieges beschwören sollte. Man kam freilich nicht dazu, Friedrich seinem Freundschaftsbunde mit Katharina II. zu entziehen, doch ist bekannt, daß der offene Bruch mit Rußland vermieden und 1772 eine Einigung auf Kosten Polens erzielt wurde. Als der Kaiser dann ein Jahr später die neuerworbene Provinz Galizien, Siebenbürgen und Südungarn bereiste, machte er auf die Nothwendigkeit einer Erwerbung der Bukowina aufmerksam, und in der That ward durch einen diplomatischen Handstreich das Unternehmen zwei Jahre später ins Werk gesetzt. Von da ab gewinnt Oesterreichs auswärtige Politik durch Josephs Eingreifen, im Gegensatze zu Maria Theresia's conservativen Ueberzeugungen und im Einvernehmen mit dem Staatskanzler, immer mehr jene erobernde Tendenz, die sie bis an des Kaisers Lebensende beibehielt.

Die orientalischen Angelegenheiten waren fürs Erste in Ordnung gebracht, und Josephs nimmer rastender Eifer wandte sich nach Westen. Im J. 1777 bereiste er Frankreich. Schon drei Jahre vorher hatte er den Plan gefaßt; 1776 kam er darauf zurück. Es geschah in mehrfacher Absicht: einerseits die Schwester, Marie Antoinette, durch seinen persönlichen Einfluß von Leichtsinne und Vergnügungssucht zur Pflicht zurückzuführen, andererseits das in Cultur und Litteratur vorherrschende Volk der Franzosen und besten Staat mit eigenen Augen zu sehen. Daneben aber galt es ihm, den Bund des bourbonischen Hofes mit dem Habsburgischen neu zu stärken und zu befestigen. Denn in Versailles herrschte keineswegs eine einmüthige Gesinnung zu Gunsten Oesterreichs. Neben der Partei der Königin, welche unbedingt an der Allianz von 1756 festhielt, gab es eine andere, die den Uebergriffen der Politik des Wiener Cabinets in der orientalischen Sache mit scheelen Blicken gefolgt war. Der Minister des Auswärtigen, Graf Vergennes, stand an ihrer Spitze und hatte den König auf seine Seite gebracht. Nach seinen Ueberzeugungen sollte Frankreich, ohne über die eigenen Grenzen hinauszugreifen, doch nicht zulassen, daß die Hauptgrundsätze seiner Continentalpolitik, die Integrität der Türkei und der Status quo des deutschen Reiches, alterirt würden. Nun war das Erstere thatsächlich geschehen, und soeben bereitete sich in Wien ein neuer Plan vor, der gegen das zweite Princip verstieß und dem sich gerade der Kaiser mit ganzer Seele gefangen gab: die Erwerbung Baierns. Da man dabei gegen den voraussichtlichen Widerstand Preußens und Rußlands der Unterstützung Frankreichs dringend bedurfte, so kam Alles darauf an, den Einfluß Marie Antoinettens auf ihren Gemahl zu erhöhen und den des Ministers zu entkräften. In diesem Sinne gedachte J. in Frankreich zu wirken, und dieser Absicht entsprach es auch, wenn er durch sein Auftreten die Sympathien der Bevölkerung für sich und damit für seine Sache zu gewinnen trachtete. Am 18. April 1777 Abends kam er in Paris an. Er lehnte es ab im Versailler Schloß zu wohnen. Die Verhältnisse am Hofe, die Beziehungen der Königin zu ihrem Gemahl zu bessern, ihrer Vergnügungssucht und Verschwendung zu steuern,

ist ihm, bei aller Liebe, die ihm Marie Antoinette bezeigte, auf die Dauer nicht gelungen. Mit frappanter Sicherheit hat er aus den zerrütteten Zuständen die kommenden Geschicke vorausgesagt. „So kann es auf die Länge nicht weiter gehen“, warnte er, „und die Revolution wird grausam sein, wenn Ihr derselben nicht vorbaut“. Auch Ludwig XVI. für sich und seine Absichten zu gewinnen, ist ihm nicht geglückt. Vergennes, der ihn einmal in einem Briefe an den König „einen Usurpator, einen ehrgeizigen und despotischen Charakter“ genannt hatte, blieb am Ruder. Eins aber hat J. erreicht: die Einfachheit und Leutseligkeit die er kundgab, hat ihn in der Bevölkerung populär und beliebt gemacht. In Paris hat er u. A. besonders Necker kennen und schätzen gelernt; in den Provinzstädten, in Brest, Rochefort, Nantes, Tours, Bordeaux, Bayonne, Toulouse, Toulon, Marseille hat er die Häfen, Manufacturen und öffentlichen Anstalten besucht, überall von den Sympathien der Bewohner begleitet. In einem Briefe aus Lyon an seinen Bruder, den Großherzog Leopold von Toscana, berichtet er mit treuherziger Selbstkritik darüber: „Du bist — heißt es da — bei weitem mehr werth als ich; aber ich bin mehr Charlatan, und in diesem Lande muß man es sein. Ich bin es in Bezug auf Vernunft und Bescheidenheit, und ich übertreibe darin ein wenig, indem ich einfach, natürlich und sogar bis zum Uebermaß besonnen erscheinen will. Das aber hat mir Ansehen verschafft und einen Enthusiasmus für mich erregt, der mich wahrhaft in Verlegenheit bringt. Während meiner ganzen Reise durch die Provinzen habe ich keinem Schauspiel, keiner einzigen Unterhaltung beigewohnt. Statt mich sehen zu lassen, habe ich mich vielmehr zu verbergen gesucht. Ueberall habe ich mit den unterrichteten Leuten, und zwar durch Stunden gesprochen, aber an einem Orte nur mit drei oder vier. Diese aber brachte ich zum Reden, ich ging in ihre Sinnesweise ein und habe sie dadurch zufrieden gestellt. Sie erzählten es dann weiter; alle Welt hätte mich gerne reden gehöht; und da dies nicht sein konnte, passirte ich für ein Orakel, ohne es zu sein. Sehr zufrieden, aber doch ohne Bedauern, verlasse ich das Land, denn ich hatte an meiner Rolle schon genug.“

Daß aber diese Reise, so reichhaltig auch der Gewinn sein mochte, den der Kaiser an neuen Kenntnissen und Erfahrungen aus Frankreich heimbrachte, für die Politik Oesterreichs ohne Erfolg geblieben war, zeigte sich gleich beim Ausbruche jenes Krieges, der zwischen Preußen (als Vertheidiger der deutschen Constitution) und Oesterreich nach dem Tode des Kurfürsten Maximilian Joseph (Ende 1777) entbrannte.

Seit mehr denn zwanzig Jahren hatte man sich in Wien mit dem Probleme der Nachfolge in Baiern beschäftigt, wo der Kurfürst in kinderloser Ehe lebte. Der Gedanke war im Jahre 1758 von bairischer Seite angeregt worden, um eine Heirath des Kronprinzen mit Josepha, der Schwester des regierenden Fürsten zu Stande zu bringen. Der Sache ward übrigens damals, als zu weit aussehend, nicht Folge gegeben, um so weniger, als man in einer Ehe Josephs und Isabella's von Parma im J. 1769 dem politischen Interesse — das sich jenerzeit in einer möglichst engen Verbindung mit den Bourbons concentrirte — besser zu dienen glaubte. Als aber J. schon drei Jahre später die geliebte Gattin verlor (27. Nov. 1763), tauchte in Wien die Idee einer Stärkung des österreichischen Einflusses in Deutschland durch eine Verbindung mit dem bairischen Hause wieder aus, und im Januar 1765 heirathete er in der That jene Josepha, welche ihm die Münchener Politiker schon ehemals



zugedacht hatten. Mit großem Widerwillen trug der junge Kaiser, der seine erste Gemahlin nicht vergessen konnte, die Fesseln dieser zweiten Ehe. Er konnte es nicht über sich gewinnen, Gefühle zur Schau zu tragen, die er nicht empfand. Er verachtete seine Frau, und als im J. 1767 der Tod sie aus einem unwürdigen Verhältnisse erlöste, hörte man seinerseits kein Wort des Bedauerns. Die Beziehungen zu Max Joseph erkalteten nun völlig; der Kurfürst wandte sich von Orsterreich ab und erneuerte alte Erbschaftsverträge mit dem verwandten pfälzischen Kurhause. Nicht so leicht aber ließ man in Wien den Plan fallen. Man erwog, daß der Kaiser, wenn der Tod des Kurfürsten eintreten sollte, Ober- und Niederbaiern als erledigte Reichslehen, andere bairische Territorien als Lehen der böhmischen Krone einzuziehen das Recht habe. J., der für das Project glühte, ertheilte dem Vorschlage der Reichskanzlei seine Zustimmung, die betreffenden Landstriche in jenem Falle sofort militärisch zu besetzen. Wesentlich unterstützt wurden diese Absichten durch den Kurfürsten Karl Theodor von der Pfalz, den präsumtiven Nachfolger, welcher von preußischer Seite für Jülich und Berg fürchtete und in Wien seinerseits eine Vereinbarung über die bairische Succession in Vorschlag brachte. In der That kam am 3. Januar 1778 ein Vertrag zu Stande, worin Karl Theodor den Anspruch Oesterreichs auf die größere Hälfte von Niederbaiern sowie auf die böhmischen Lehensterritorien anerkannte, welche letztere er jedoch weiterhin zu behalten wünschte; wogegen österreichischerseits seine Erbrechte auf alle übrigen bairischen Länder gültig erklärt wurden. Wenige Tage vorher (30. December 1777), war Max Joseph gestorben, und bald darauf hatte in der That österreichisches Militär Niederbaiern besetzt. Es kann nun hier nicht dargestellt werden, wie die Sache durch den Widerspruch, welchen Friedrich II. dagegen erhob, und durch das Scheitern der Verhandlungen zwischen dem Wiener und dem Berliner Cabinet zum Ausbruch von Feindseligkeiten führte, die Maria Theresia aufs Aeüßerste perhorrescirte, während J. darauf drang, den Einspruch des verhaßten Gegners mit den Waffen in der Hand zurückzuweisen. Im April 1778 ging der Kaiser nach Böhmen, von seinem Bruder Maximilian und seinem vertrauten Rathgeber in militärischen Dingen, Lacy, begleitet. Dieser Letztere sollte den rechten, Laudon, damals zum Feldmarschall ernannt, den linken Flügel commandiren, während der Kaiser den Oberbefehl über die Hauptarmee sich selbst vorbehielt. In rastloser Thätigkeit ordnete er den Aufmarsch der Truppen an. Daß es aber thatsächlich zum Schlagen kommen würde, war doch nicht seine Ansicht gewesen. Er hatte gemeint, der König von Preußen werde sich zu keinem Angriff auf Oesterreich entschließen, wofern man nur gehörigen Ernst zeige, einem solchen Angriffe mit aller Macht zu begegnen — er werde das um so weniger thun, als der ihm befreundete russische Staat neuerdings, der Krim halber, im Orient beschäftigt war. Friedrich dagegen glaubte in dem Vorgehen Josephs die Absicht zu erblicken, in Deutschland eine absolute Regierung einzuführen, und wollte lieber einen ewigen Krieg als einen Frieden unter solchen Verhältnissen. J. sah, daß er sich in seiner Voraussetzung getäuscht hatte und erkannte die ganze Größe der Gefahr. Dieselbe lag nicht nur darin, daß Oesterreich mit schwächeren Kräften einem in jeder Hinsicht überlegenen Feinde gegenüberstand: das Entscheidende war vielmehr, daß man auf das alliirte Frankreich in diesem Falle nicht rechnen konnte. Ludwig XVI. verweigerte in einer Depesche vom 30. März 1778 an seinen Gesandten am Wiener Hofe in sehr unfreundlichen Ausdrücken jeden Succurs, und der

französische Conseil entschied, daß die Allianz von 1756 sich nicht am spätere Acquisitionen Oesterreichs erstrecke.

Die Bestürzung in Wien war ungemein. Doch trennten sich alsbald die Anschauungen der leitenden Persönlichkeiten von einander. J. will den Krieg trotzdem führen. „Der Feind, mit welchem wir zu thun haben“ — schreibt er an Maria Theresia am 7. Juli 1778, nach dem ersten Scharmützel — „ist uns an Stärke wirklich überlegen und bekanntermaßen zu allen Mitteln bereit, ja, ein großer Kriegsmann. Wir sind wirklich ohne Allirte. Also muß die Monarchie in sich selbst auch ihre Ressourcen holen und darauf allein bauen“. Er dringt an Anspannung aller Kräfte, denn er sehe den Weg nicht, einen anständigen Frieden zu schließen. Anders Maria Theresia. Sie hatte ja schon seit der Verwicklung im Orient den ehrgeizigen Absichten des Kaisers gegenüber immer eine conservative Haltung beobachtet. Auch in der bairischen Sache hatte sie von einem Verfolgen der schlecht begründeten österreichischen Rechtsansprüche abgerathen. Als nun gar Frankreich seinen Beistand verweigerte und die ihr so liebgewordene Allianz mit dem Versailler Hofe ins Schwanken zu gerathen schien, da wollte sie lieber das Aeußerste versuchen, um den Krieg zu beendigen. Ohne Vorwissen des Kaisers, setzte sie sich mit dem Gegner in Verbindung. Und als vollends die Gefahr drohte, daß im nächsten Jahre Rußland an der Seite Preußens in den Kampf eintrete, ward auch Joseph von der momentanen Unmöglichkeit überzeugt, den Plan einer bairischen Erwerbung im größeren Umfange durchzuführen. Nachdem der Feldzug des Jahres 1778 ohne entscheidende Action — die Oesterreicher waren einer solchen ausgewichen — zu Ende gegangen war, nahm man in Wien ein Mediationsanerbieten der Czarin an, und unter Vermittlung Rußlands und Frankreichs kam nach vielfachen Einsprüchen Josephs und zur größten Freude Maria Theresia's am 13. Mai 1779 in Teschen der Friede zu Stande. Für Preußen, dessen Ansprüche auf die Markgrafschaften Ansbach und Baireuth anerkannt wurden, bedeutete er einen Sieg; für Rußland, als Garanten des deutschen Reichs, den diplomatischen Gewinn, in den westeuropäischen Angelegenheiten Sitz und Stimme gewonnen zu haben; für Oesterreich dagegen, welches seine Forderungen ausgeben und sich mit einem kleinen Gebiete zwischen Donau, Inn und Salza (Innviertel) begnügen mußte, Niederlage und Rückzug, Niemand verspürte den Schlag stärker als J. Niemand erkannte deutlicher, daß es weniger Preußen als die allgemeine Situation gewesen war, die Oesterreich zurückgedrängt hatte. Er selbst hatte von jeher nicht das große Gewicht auf die Allianz mit Frankreich gelegt, welches seine Mutter und Kaunitz derselben beimaßen. Jetzt hatte sich deutlich gezeigt, wie man in einer Politik, die über Oesterreichs Grenzen hinausgriff, von dieser Seite auf keine Unterstützung rechnen durfte. Andererseits aber erblickte J. den wahren Grund des Scheiterns der Plane auf Baiern in dem engen Einvernehmen zwischen Preußen und Rußland, und es wurde ihm zur Ueberzeugung, daß dieser Bund erst durchbrochen werden müsse, bevor man aufhören könne, bei jeder neuen Unternehmung den bewaffneten Widerspruch Friedrichs II. zu fürchten. Er selbst stellte sich diese Aufgabe und faßte, spontan und gänzlich unbeeinflußt, den Gedanken, ihre Lösung durch eine persönliche Begegnung mit der Czarin anzubahnen. Ohne die Kaiserin oder auch nur den Staatskanzler vorher zu verständigen, ließ er Katharinen durch ihren Wiener Gesandten seinen Wunsch bekannt geben. Das Anerbieten ward angenommen, und am 26. April 1780 trat

J. die Reise nach Rußland an. Bei den Unterredungen, die im Frühling in Mohilew und später in Petersburg stattfanden, war es nicht so sehr seine Absicht, sogleich ein neues System vorzuschlagen, als vielmehr für sich das Vertrauen der Czarin zu gewinnen und dieselbe von der Intimität mit dem Berliner Hofe abzuziehen. Beides ward in der That durch den persönlichen Verkehr erreicht und damit der Grund zu einem Bündnisse gelegt, welches im nächsten Jahre zu Stande kam.

Maria Theresia, die gegen Katharina eine unüberwindliche Abneigung gefaßt hatte, war auf das Entschiedenste wider diese Reise gewesen, von der sich J. jedoch nicht abbringen ließ. Es war der letzte große Gegensatz zwischen Mutter und Sohn, den der Staatskanzler mit Mühe ausglich. Am 29. Novbr. 1780 starb die Kaiserin, und J. ergriff als Alleinherrscher die Zügel der Staatsregierung.

Als Friedrich II. vom Tode seiner großen Feindin hörte, sagte er: „Die Kaiserin ist nicht mehr, eine neue Ordnung der Dinge beginnt“. Das war der Fall. Aber nicht sowohl in den auswärtigen Beziehungen Oesterreichs — diese standen schon seit einem Decennium unter dem vorwaltenden Einfluß des Kaisers, der sich mit Kaunitz in den wesentlichsten Punkten verständigte — als vielmehr in den inneren Verhältnissen, wo bisher das von Maria Theresia|schrittweise vertheidigte altösterreichische System und die von J. mit lebhaftem Eifer vertretene Politik der Reformen im Sinne moderner Geistesrichtung sich gegenseitig bekämpft und, Alles in Allem, heilsam eingeschränkt hatten. Jene ältere Staatskunst hatte darin gegipfelt, das aus so unterschiedlichen Volks- und Staatselementen bestehende Reich, bei möglichst geringer Schädigung der historischen Sonderrechte der einzelnen Länder, durch eine starke dynastische Regierung, unter Mithülse eines bevorrechteten Gesamttadels und einer reich bedachten katholischen Priesterschaft, welche als ausgleichendes und verbindendes Moment ihre Wirkung that, zusammenzuhalten. Daher hatten, insbesondere nach der Revolution des 17. Jahrhunderts, die Habsburger die Aristokratie aller Länder in gleichem Maße bevorzugt, ihren Antheil an Gesetzgebung und Verwaltung gelten lassen, an eine Erleichterung der bäuerlichen Lasten nicht gedacht, den kosmopolitischen Orden der Jesuiten mit weitgehenden Prärogativen ausgestattet, alle akatholischen Unterthanen als staatsgefährlich bedrängt und jede freisinnige Meinungsäußerung mit Eifer unterdrückt oder ferngehalten. Auch Maria Theresia war in den Grundsätzen dieses Systems ausgewachsen; es entsprach ihren persönlichsten Neigungen, ihrer bigotten Frömmigkeit, ihrer Vorliebe für den Adel und einen glänzenden Hofhalt; sie selbst hat sich einmal „un naturel de l'autre siècle“ vindicirt. Wenn gleichwohl unter ihrer Regierung im Einzelnen und allmählich davon abgegangen wurde, so war es, weil sie es leicht über sich gewann, ihre Vorurtheile und Anschauungen unterzuordnen, wenn bewährte Rathgeber dawider sprachen. Und an freier gesinnten Charakteren hat es an ihrem Hofe nicht gefehlt. J. dagegen war selbst von den modernen Ideen erfaßt und eingenommen, welche sich dem alten Feudalitätsprincip entgegenstellten und an seiner Statt den Unterthanenverband mit gleichen Rechten und Pflichten für Alle, die Gleichstellung aller Confessionen und die Freiheit der Gewissen und des Meinungsausdrucks forderten. In ihrem Sinne hatte er als Mitregent — so weit sein Einfluß eben reichte — an den Neuerungen, wie sie den Versammlungssaal des Staatsraths verließen, Theil gehabt. Jetzt vollends,

wo jenes conservative Gegengewicht weggefallen war, hielt er die Zeit für gekommen, dieselben bis in ihre letzten Consequenzen so rasch als möglich in die Staatspraxis umzusetzen. Ueberzeugung, Ehrgeiz und Temperament trafen hier mit einem schrankenlosen Eigenwillen zusammen, um eine Fluth von Neuerungen zu erzeugen, die dem historisch Gewordenen keinerlei Rechnung trugen, und in einem Staate von der Eigenart Oesterreichs um so weniger leicht Wurzel fassen konnten, als sie mit jener unruhigen Hast ins Leben gerufen wurden, mit der der Kaiser, wie er selbst sagte, von Allem, was er unternahm, auch gleich die Wirkung verspüren wollte. „Mein Reich muß nach meinen Grundsätzen beherrscht werden“, ließ er sich vernehmen und documentirte damit die feste Absicht, absolut, im Sinne jenes „despotisme lié“, von dem seine „Träumereien“ geredet hatten, zu regieren.

Um der Ausführung seines Planes — das politische Vielerlei der österreichischen Länder zu einem einheitlich organisirten Gesamtstaate, zu einem „erblichen Kaiserthume Oesterreich“, wie die Diplomaten wissen wollten, umzugestalten — jedes Hinderniß aus dem Wege zu räumen, war zuvörderst eine Verfassungs- und Verwaltungsreform nothwendig. Sie ging dahin, jedes politische Sonderleben im Staate aufhören zu machen und dessen Functionen von einer einzigen centralisirten Administration aussaugen zu lassen. Dem entsprechend sollte die schon unter Maria Theresia vielfach eingeschränkte Autonomie der Kronländer vollends vernichtet, sollten diese Letzteren zu bloßen Regierungsprovinzen herabgedrückt, die Landtage jeder legislativen Gewalt gänzlich entkleidet und an die Stelle der bisherigen gewählten ständischen Ausschüsse besondere Repräsentanzen als Beiräthe des Gouverneurs gesetzt werden. In diesem Sinne läßt J. bei seinem Regierungsantritte die Huldigung der österreichischen Stände ausfallen und vermeidet es, sich in Böhmen und Ungarn krönen zu lassen. Der ungarische Reichstag wird nicht mehr einberufen. Die bisher gewählten Comitatsvorstände werden vom Kaiser ernannt. Im Zusammenhange damit stehen Germanisirung und Colonisation der nichtdeutschen Länder. Das einheitliche Oesterreich soll als Culturstaat sich auf den höchstcultivirten Volksstamm stützen, soll ein deutscher Staat sein. Deutsche vom Rhein werden in Galizien, der Bukowina und in Oberungarn angesiedelt; die von früherher ansässigen „Schwaben“ finden an der Regierung reichliche Unterstützung. Daneben werden vereinzelt griechische, niederländische, russische und schweizer Familien aufgenommen.

Und wie die Länder, so verlieren auch die übrigen privilegirten Corporationen ihre Rechte auf Selbstverwaltung. An Stelle der bisher gewählten Magistrate in den Städten treten ständige, besoldete Beamte. Die Universitäten verlieren ihre Jurisdiction und ihre Eigenthumsrechte. Convicte und Bruderschaften gelangen mit ihrem Vermögen unter die Staatsverwaltung. Die Zunftgerechtigkeiten werden eingeschränkt, die geschlossene Meisterzahl aufgehoben.

Wenn diese Neuorganisation der öffentlichen Verwaltung nicht bis zu den äußersten Grenzen ging, die der Kaiser im Auge hatte, so war es das Werk des Staatsrathes, in dessen Conferenzen die Vorlagen des Monarchen einige Einschränkung erfuhren. Immerhin aber waren sie dergestalt, daß an Stelle eines föderalistisch-feudalen ein modernes centralistisch-absolutes Staatswesen trat, in welchem die Befehle des Fürsten als Gesetze galten,

die ein abhängiges und willenloses Beamtenheer zu vollziehen hatte — ein System, das nur allzu leicht in Bureaucratie ausarten konnte, wenn einmal die starke Hand eines energischen Fürsten fehlte. Lud J. in solcher Weise auf seine Beamten das Odium der Mitarbeiterschaft an Reformen, denen die niedrigen Volksclassen kein Verständniß, die höheren Stände mehr oder minder offene Feindseligkeit entgegenbrachten, so that er dennoch wenig, sich diese Gehülfen treu und willig zu erhalten. In seinem Privatleben überaus einfach und mäßig, übertrieben sparsam, was ihm sogar die Abneigung seiner Geschwister eintrug, in den Geschäften dagegen unermüdlich thätig, meinte er die gleiche Entsagungsfähigkeit, denselben opferwilligen Eifer zum Besten des Staats von jedem einzelnen seiner Diener fordern zu sollen, unbekümmert darum, daß die meisten derselben doch durch vielfach andere Interessen bewegt wurden als er, der ohne eigene Familie, ohne nähere Freunde, ohne Sinn für irgend etwas Anderes als den Staat, im Dienste dieses Letzteren völlig aufging. Die notorischen Mißbräuche im Schooße der Administration, wie sie unter Maria Theresia in Blüthe gekommen waren, und das Mißtrauen, welches er den meisten Menschen entgegenbrag, ließen ihn von den Bureauchefs allhalbjährlich Berichte über die „Conduite“ ihrer Untergebenen fordern (1781) und machten ihn Denunciationen zugänglich. In den Vorschriften für alle Staatsdiener steht als erstes Postulat „Selbstlosigkeit und Selbstverleugnung“ obenan (1783). Dazu vermehrte er die Arbeit und verringerte die Gehalte und begegnete Vielen in verletzender Weise. „Es hat den Anschein“, heißt es in dem Tagebuche eines der treuesten Beamten, Karl Zinzendorf's, „als ob der Kaiser glaube oder glauben machen wolle, daß er allein das Land liebe und die Wahrheit kenne und daß alle seine Beamten Spitzbuben oder Dummköpfe sind“. Den Ministern ließ er geringen Spielraum, zog selbst das Detail der Geschäfte an sich und umgab sich mit einer Anzahl subalternen Naturen, die seinen Befehlen blindlings dienten, ohne sie beeinflussen zu wollen. Mit solchen Kräften zu seiner Unterstützung unternahm es J., den Staat auf neue Grundlagen zu stellen. Daß er fast immer nur seiner eigenen Einsicht folgte und fremden Vorstellungen erst dann Raum gab, wenn seine Verfügungen bereits ins Leben getreten waren, führte häufig zur Zurückziehung derselben und untergrub das Vertrauen in die sichere Festigkeit des Herrschers, diese nothwendigste Voraussetzung eines persönlichen Regimentes.

Man würde irren, wollte man J. einen anderen Beweggrund bei seinen inneren Reformen unterlegen, als den, die Kräfte des Staates zu erhöhen, sein Ansehen und seine Macht zu stärken. In diesem Sinne allein unternahm er auch eine Anzahl von Veränderungen auf kirchlichem Gebiete, keineswegs als Freigeist, der er, etwa wie Friedrich II., nicht gewesen ist. Pius VI. hat einmal von ihm die Ueberzeugung ausgesprochen, „er habe einen großen Fond von Religion und sei der beste Katholik von der Welt“. Als das Toleranzpatent bekannt gegeben wurde (Wien, den 13. October 1781), war damit nicht eine völlige Gleichstellung der Akatholiken mit den Bekennern des römischen Glaubens ausgesprochen, denn Jenen ward nur das „Privat-Exercitium“ ihrer Confession gestattet, gegenüber dem öffentlichen, welches als „Prärogativum der dominanten Religion“ erklärt wurde — sondern der Ton lag vielmehr darauf, daß die Akatholiken zu Häuser- und Güterkäufen, zu Bürger- und Meisterrechten, zu akademischen Würden und dem öffentlichen Dienste zugelassen wurden, was dem Staate neue Talente und neue ökonomische

Quellen sicherte. Von derselben Rücksicht auf das praktische Staatsinteresse zeugen auch die Patente über die bürgerlichen Rechte der Juden, in denen insbesondere die Meinung zu Tage trat, sie zu Ackerbau und Handwerk heranzuziehen (Handbilletts vom April 1781, Juni 1784), was freilich nicht gelungen ist. Secten hinwieder, die keiner der anerkannten Confessionen zugehörten — wie z. B. die sogenannten Deisten in Böhmen — erfuhren harte Behandlung. J. hat niemals die Bedeutung einer herrschenden Staatsreligion für seine Centralisirungsabsichten verkannt. In einem Circular vom 26. April 1782 hat es deutlichen Ausdruck gefunden, „daß die Aufrechthaltung der alleinseligmachenden katholischen Religion, deren Aufnahme und Verbreitung, unveränderlich Seiner Majestät theuerste Pflicht und angelegenste Sorgfalt bleibt“. Nur durfte das nicht auf Kosten der weltlichen Gewalt geschehen, und es finden sich eine ganze Reihe einschneidendster Verfügungen, welche jeden Uebergriff der Kirche in den Machtbereich des Staates unmöglich machen sollten. Die Vorbereitung des jungen Clerus zu seinem Berufe geschah in Generalseminarien unter Staatsaufsicht (Decret vom 10. Sept. 1782). Den österreichischen Landesklöstern wurde der Verkehr mit ihren Ordensgeneralen im Auslande untersagt; sie wurden den einheimischen bischöflichen Ordinariaten unterstellt, wenn nicht gar aufgehoben, wie es mit ungefähr 800 Abteien geschah, deren Mönche „keine Jugend erziehen, keine Schule halten und keine Kranken warten und welche bloß vitam contemplativam führen“ (Decret vom 29. November 1781). Daß bei solchem Vorgehen, wenn es wirksam sein sollte, auch die Autorität des Papstes nicht uneingeschränkt bleiben durfte, ergab sich von selbst. Schon vom 26. März 1781 ist das Decret datirt, welches die Veröffentlichung päpstlicher Bullen und Breven (auch selbst dogmatischer Natur) erst nach eingeholter Zustimmung des Landesfürsten gestattete. Hierin lag ein entscheidender Gegensatz gegen das alte System. Dort hatte die weltliche Regierung zur Erreichung kirchlich-religiöser Ziele, der Seligkeit der Unterthanen nach dem Tode, ihren Arm dargeliehen; hier sollte die Kirche zur Verwirklichung eines selbständigen Staatszweckes, der irdischen Wohlfahrt der Einzelnen, mitwirken. Gerade aber auf der unerschütterten Grundlage der alten Anschauung hatte die überragende Macht des päpstlichen Stuhles beruht. Es war im Sinne einer Vertheidigung derselben, daß Pius VI. im J. 1782 nach Wien reiste. Das Unternehmen hatte keinerlei Erfolg. Bei aller vertraulichen Connivenz in einzelnen streng geistlichen Punkten, blieb J. im Wesentlichen doch bei den gefaßten Entschlüssen. Auf eine Discussion der Frage z. B., ob der Staat das Recht habe, das Eigenthum der Orden einzuziehen, ging er gar nicht ein. Es kam nicht zum offenen Bruche zwischen Kaiser und Papst, aber es war doch ein Zustand steter Kriegsbereitschaft — schwierig für den Monarchen, da die Mehrheit der österreichischen Bischöfe auf dem conservativ-kirchlichen Standpunkte verharrte. Josephs Gegenbesuch in Rom (Weihnachten 1783) änderte nichts an der Lage.

Es kam dem Kaiser bei solchem Stande der Dinge viel darauf an, sich von vornherein in der öffentlichen Meinung und in der freieren Bildung seiner Unterthanen neue Bundesgenossen zu erwerben. Ein Censurgesetz vom J. 1781 lockerte die Fesseln, welche namentlich in den letzten Regierungsjahren Maria Theresia's die Geister bedrückt hatten, gab die öffentliche Kritik, selbst des Landesfürsten, frei, wenn sie nicht „auf eine gar anstößige Art“ zu Tage trat, verurtheilte jedoch nach wie vor Schriften, welche gegen die guten Sitten oder

die Würde der Religion zu Felde zogen. Vollständige Preßfreiheit war damit nicht gemeint, und eine deutsche Uebersetzung von Voltaire's Schriften, Schiller's „Räuber“ u. A. blieben auch jetzt noch verbotene Früchte, während im Lande selbst eine Hochfluth jämmerlichster Litteratur den Markt überschwemmte. Nachhaltigeres war auf dem Wege der Volksbildung zu erreichen, die J. in der Richtung, die ihr unter Maria Theresia gegeben worden war, insbesondere durch die Einführung von Normalschulen und die Wahrung des elterlichen Einflusses auf die religiösen Momente der Erziehung, weiter entwickelte. Auch hier herrschte, wie überall, der Staatszweck vor, und verleitete in Sachen des höheren Unterrichts oft zu engherzigen Maßregeln, welche die freie Wissenschaftspflege in den Hintergrund drängten. Dagegen griff Josephs eifrige Sorgfalt überall ein, wo gelehrte Kenntnisse und Fähigkeiten im unmittelbaren Dienste des öffentlichen Lebens standen: Kranken- und Irrenhäuser, Gebär- und Findelanstalten, Institute zur Heranbildung von Militärärzten etc., verdanken ihm ihre Entstehung und lassen in ihm in gewissem Sinne den Mitbegründer des späteren Weltrufes der Wiener medicinischen Schule erkennen. Hier namentlich war es, wo sich sein Eifer für das Staatswohl mit dem humanen Streben für das Wohl jedes Einzelnen verband, um seinem Namen einen unvergänglichen Klang zu sichern.

Die Reformgesetzgebung Josephs auf ökonomischem Gebiete wurzelte in seinem sogleich beim Regierungsantritte in den Vordergrund tretenden Verlangen, die Finanzkraft des Staates zu heben, und entsprach seinen theils merkantilistischen, theils physiokratischen Grundanschauungen. Den Vertretern des Freihandelsprinzips im Staatsrathe gegenüber äußerte er seine Willensmeinung dahin: ein Staat, der mit Rohstoffen so gesegnet sei, einen so weiten Markt im Inneren habe, zum Handel nach außen so schlecht liege und von jeher an einer passiven Handelsbilanz leide, müsse trachten, wenn er schon fremdes Geld nicht an sich zu ziehen vermag, mindestens das Ausströmen des eigenen zu verhüten (Novbr. 1783). Und ein andermal: Ackerbau und Industrie seien wichtiger als der Handel, folglich müsse man das Augenmerk auf erstere Beide richten und dürfe auch vor Verboten nicht zurückschrecken. Diesen Grundsätzen entsprach denn auch seine Gesetzgebung, welche die Einfuhr ausländischer Waaren gänzlich verbot, andererseits den Verkehr im Inlande freigab. Vor Allem aber wurde der Bauer dort, wo derselbe noch leibeigen war (Böhmen, Mähren, Innerösterreich, Galizien, Ungarn), aus dem unwürdigen Verhältniß gelöst, „wie solches das Recht der Natur und die gemeinschaftliche Wohlfahrt fordere“, und für den Staat steuerfähiger gemacht. (Patent für Böhmen und Nebenländer vom 1. Novbr. 1781.) Im Zusammenhange mit diesem letzteren wichtigen Schritte findet sich dann auch ein neues Grundsteuergesetz, dessen Vorarbeiten jedoch schon, allzu hastig und rücksichtslos begonnen, namentlich in Ungarn und Galizien auf große Schwierigkeiten stießen.

Ein so weitaussehendes Werk, wie es mit all diesen Reformen unternommen wurde, die hier nur im Umriß angedeutet werden konnten, und denen unzählige andere, insbesondere auf judiciellem Gebiete, zuzurechnen sind, konnte wol nur, wenn überhaupt, bei äußerem Frieden des Staates gedeihen. Aber hatte J. seit seinem Regierungsantritte auf die früher so kräftig vertretene Extensionspolitik verzichtet? Lag nicht in dem neuerworbenen Bündniß mit

Rußland die Aufforderung, sie zu nützen, und war es nicht im Sinne eines activen Systems gesucht und abgeschlossen worden? Bald genug finden wir die österreichische Macht in neuen Verwickelungen mit dem Auslande.

Als die 1780 eingeleitete Allianz mit Rußland zu Stande kam — es geschah in der Form autographischer Briefe der beiden Souveräne, Mai 1781 — bereitete sich J. zu einer Reise in die Niederlande vor. Im Juni ist er in Antwerpen, im Juli in Brüssel. Den ehemals blühenden Handel der ersteren Stadt fand er ganz darniederliegend, und sofort ward in ihm der Wunsch rege, der belgischen Provinz aufzuhelfen. Dafür gab es zwei Mittel. Das eine bestand in der Aufhebung des drückenden Barrièretractats, durch den die festen Plätze holländischen Besatzungen überantwortet worden waren, das andere in der Eröffnung der Scheldemündung für die belgischen Schiffe. Im Mai 1782 wurde in der That jener Tractat gekündigt und mit Recht hervorgehoben, die Spitze desselben sei gegen Frankreich gerichtet, was unter den gegenwärtigen freundlichen Verhältnissen Oesterreichs zu dieser Macht keine Geltung mehr beanspruchen könne. Die Generalstaaten fügten sich. Aber auch das zweite Mittel ward von J. ergriffen. Und — bezeichnend für ihn — im Widerspruche mit Kaunitz, der schon Anfangs 1781, als die Idee zuerst auftauchte, die hohe Gefahr eines allgemeinen Krieges gegenüber dem geringen Gewinn „d'enrichir peut-être quelques particuliers d'Anvers“ hervorgehoben hatte. Gleichwohl blieb der Kaiser bei seiner Absicht, „cette gêne plus honteuse que nuisible“ zu beseitigen. Verführt von der Nachgiebigkeit Hollands in der Barrièrefrage, rechnete er auch hier auf dieselbe. Im September 1782 läßt er durch Mercy den Hof von Versailles sondiren. Ten warnenden Einspruch seines Ministers weist er mit der wenig politischen Bemerkung, es gelängen oft die unwahrscheinlichsten Dinge, zurück. Fürs Erste aber trat die Sache vor einer drohenden Verwicklung im Orient in den Hintergrund. Der Krim halber war, wie oben angedeutet wurde, zwischen Rußland und der Türkei ein neuer Conflict ausgebrochen, und es entstand nun die Frage, ob schon jetzt durch einen mächtigen Krieg der beiden Verbündeten gegen die Pforte die zwischen J. und Katharina in ihrem Bündniß verabredeten Projecte weitausgreifender Eroberungen auf Kosten des Gegners zur Ausführung gelangen sollten. Der Kaiser hatte das Gebiet der kleinen Walachei, Widdin, Choczim, Orsova, Belgrad, überdieß die Terra ferma von Venedig für sich gefordert, wogegen die Republik zur Entschädigung auf Morea, Candia, Cypern und die übrigen Inseln des Archipel verwiesen werden sollte. Wenn es jetzt auch hiezu nicht kam, wenn J. davon abstand und Rußland die Krim gewinnen ließ, ohne selbst etwas zu erwerben, so war es nicht allein, weil Frankreich mit einer Lösung des Bündnisses von 1756 und einer Allianz mit Preußen drohte, sondern weil schon wieder eine dritte, näher liegende Eroberungsabsicht seinen unruhigen Geist in Bewegung hielt: der Plan, die niederländischen Provinzen gegen Baiern zu vertauschen, wie er schon vor Zeiten, und dann wieder bei Beginn des bayerischen Erbfolgekrieges am Wiener Hofe zu eifriger Discussion gelangt war. Man war ja die russische Allianz nicht sowol neuer Eroberungen im Orient wegen eingegangen, als vielmehr um dem verhaßten Könige von Preußen die Unterstützung der Czarin zu entziehen. Im J. 1778 hatte gerade diese Unterstützung Friedrich II. stark gemacht, die österreichische Erwerbung Baierns zu hintertreiben. Wenn man jetzt darauf zurückkam, im Bunde mit demselben Rußland, dessen Fürstin J. soeben durch seine Haltung zur Dankbarkeit verpflichtet hatte, war



der Erfolg da nicht um vieles wahrscheinlicher? Und hatte man erst einmal durch diese Erwerbung das eigene Gewicht in Deutschland vermehrt, den Staat abgerundet und sichergestellt, durch weitgreifende Requisitionen in Oberitalien den Einfluß auf die ganze Halbinsel für sich allein gewonnen, dazu im Innern die Verhältnisse geeint und gefestigt, dann war es Zeit, auf die orientalischen Projecte mit aller Kraft zurückzukommen und als vorwaltende Macht Mitteleuropas diese Frage wie jede andere, die sich ergeben mochte, mit dem Uebergewicht seiner Stimme zu entscheiden. Dahin lassen sich die großen Entwürfe der Kaunitz-Josephinischen Politik zusammenfassen. Sie waren in ihrer universalen Tendenz durchaus revolutionär und hatten naturgemäß jene Mächte zu Gegnern, welche, wie Frankreich und Preußen, in einer conservativen Haltung ihre Interessen wahrten.

In einem Schreiben vom 4. April 1784 rieth Kaunitz dem Kaiser, den gegenwärtigen günstigen Augenblick zu nützen. Und das entsprach der Wahrheit. Denn kurz vorher hatte Friedrich II., der sich vergeblich um ein Bündniß mit Frankreich beworben, geäußert: „Wir sind so isolirt, daß wir nicht einmal eine Macht finden können, die uns auch nur den Schatten einer Allianz darbietet“. Bald darauf begannen die Unterhandlungen J.'s mit dem Kurfürsten Karl Theodor über den Austausch. Dieser zeigte sich willig, obgleich ihm nicht die ganzen Niederlande angeboten wurden, da J. Luxemburg, Limburg und Namur an die Erwerbung Salzburgs zu wenden gedachte. Mitten in diese Verhandlungen hinein aber fiel der Ausbruch der Feindseligkeiten mit Holland. J. hatte endlich doch die Aufhebung der Scheldesperre gefordert, die Generalstaaten hatten dieselbe verweigert, und im October 1784 wurde ein österreichisches Kriegsschiff, welches die Durchfahrt forcirte, beschossen. J. erklärte den Krieg. Sofort griff aber Frankreich, welches mit Holland sich zu verbinden im Begriffe stand und die Versailler Allianz doch auch nicht brechen wollte, mit einem Mediationsanerbieten ein und mit der Androhung militärischer Demonstrationen zu Gunsten der Generalstaaten. Diese Mahnung und der Rath Katharinens II., in dieser Affaire nicht zu weit zu gehen, mögen den Kaiser zum Theil bestimmt haben, die französische Vermittelung anzunehmen und in dem Frieden von Fontainebleau (8. Novbr. 1785) seine Forderungen gegen einige Millionen fallen zu lassen — der Hauptgrund jedoch war gewiß, nicht eine europäische Verwicklung einer Provinz wegen hervorzurufen, die man ja doch nicht zu behalten dachte.

Schon aber hatten sich dem Austauschprojecte Hindernisse in den Weg gestellt. Der präsumtive Nachfolger des Kurfürsten von Baiern, Herzog Karl von Zweibrücken, widersetzte sich demselben. Und dazu kam, daß der französische Ministerconseil sich ebenfalls dagegen erklärte und daß namentlich Friedrich II. der imperialistischen Politik Josephs in Deutschland entgegentrat, indem er sich an die Spitze eines deutschen Fürstenbundes „zur Erhaltung des Reichssystem“ stellte, der am 23. Juli 1785 zum Abschluß gelangte. Ein geheimster Artikel verpflichtete die Theilnehmer zur bewaffneten Abwehr einer Occupation Baierns durch Oesterreich. Es war für den schließlichen Ausgang der Sache gleichgiltig, daß der König von Preußen erst dann die nationale Bahn betrat, als er seine Allianzbewerbung von allen Mächten zurückgewiesen sah. Thatsache war, daß der Fürstenbund den Plan des Kaisers zum Scheitern brachte. Auch das Benehmen der Czarin wirkte mit. Ihre Bemühungen am

pfälzischen Hofe zu Oesterreichs Gunsten hatten keinen Erfolg gehabt, und da sie selbst einen neuen Eroberungskrieg gegen die Türkei plante und Josephs Hülfe dabei nicht entbehren mochte, so erklärte sie in Wien, das bairische Project nur im Falle der Zustimmung der Pfalz unterstützen zu können.

Diese wenig energische Haltung Rußlands mochte wol dem Kaiser zu denken gegeben haben. Als ein Jahr später (1786) Friedrich der Große starb, äußerte er Kaunitz gegenüber den Gedanken, ob es nicht besser wäre, mit Preußen in ein enges Freundschaftsverhältniß zu treten. „Diese beiden Mächte“ — meinte er — „aufrichtig verbunden, haben nichts weiter zu fürchten, weder von einer einzelnen Macht, noch von einer Coalition mehrerer; sie sind die Schiedsrichter Deutschlands nicht nur, sondern auch Europa's. Alle Staaten werden sie suchen, sie selbst werden keine anderen zu suchen brauchen; der allgemeine Friede hängt nur von ihrem Willen ab“. „Es sei überraschend“ — fährt er fort — „daß diese Wahrheiten bis jetzt unbekannt geblieben seien, und lasse sich nur aus den menschlichen Schwächen und Vorurtheilen der beiden Souveräne erklären, von denen die Kaiserin nicht vergessen konnte, daß sie eines schönen Theiles ihres väterlichen Erbes beraubt worden sei, der König nicht, daß er der Eroberer war. Jetzt, nach ihrem Tode, wäre ein Systemwechsel zu überlegen, von dem das Glück vieler Millionen Menschen abhängt“ (6. Decbr. 1786). Es bedurfte eines eindringlichen Memoire's des Fürsten Kaunitz, welches den Gegensatz der Interessen der beiden deutschen Mächte bewies, um den Kaiser bei der bisherigen Politik festzuhalten. Dieser erklärte dann den Gedanken fallen zu lassen und ihn nur zu betrachten „comme une chimère désirable, mais impossible dans ces circonstances“. Es war im Sinne des bisherigen Systems, wenn er sich im Frühling des folgenden Jahres nach der Krim begab, wohin ihn Katharina eingeladen hatte. Am 19. Mai 1787 traf er mit der Czarin zusammen und begleitete sie ans der Reise durch die neuerworbene Provinz. Eröffnungen ihrer Absicht, die Feindseligkeiten gegen die Pforte wieder zu erneuern, begegnete er mit Einwendungen, die zum Frieden riethen. Da erklärte aber die Pforte selbst der Czarin, welche auch Georgien an sich zu bringen gedachte, den Krieg, einem Aufschwung der Gemüther folgend, welcher den Russen die Krim wieder zu entreißen drängte (23. August 1787). Es war von der größten Tragweite, ob J. an der Seite der Verbündeten Macht in denselben eintrat. Wenn er in Cherson zum Frieden gemahnt hatte, so war es unter dem Eindrucke von Nachrichten aus den Niederlanden geschehen, wo sich eine mächtige ständische Opposition gegen seine Reformen erhob. Dazu hatte auch in Ungarn sich eine allgemeine Unzufriedenheit der Gemüther bemächtigt. Gleichwohl entschied sich der Kaiser für den Krieg, den er am 9. Februar 1788 der Pforte ankündigte und den er mit aller Macht zu führen beschloß. Er mochte wol gemeint haben, die inneren Schwierigkeiten durch auswärtige Triumphe zu besiegen. Aber wie, wenn die Triumphe ausblieben? wenn die europäischen Mächte gegen die angehoffte Vergrößerung Oesterreichs einschritten? wenn die unzufriedenen Völker in ihrer Opposition weiter gingen, anstatt zurückzuweichen? Es war ein überaus gewagter Schritt, der die Erschütterung der Monarchie im Gefolge hatte und das Schicksal des Monarchen entschied.

Der Feldzug des J. 1788, an welchem J. persönlich theilnahm und selbst auf das Detail der Führung Einfluß übte, endete mit Verlusten. Soviel auch an Energie

und Eifer der Kaiser entfaltetete — die Strategie Lach's hatte die große Armee verzettelt, und wenn Jener einen entscheidenden Schlag, wie auf Belgrad, plante, fand er die Generäle seiner Ansicht entgegen. So blieb man auf die Defensive beschränkt. Die Türken aber durchbrachen die Verteidigungslinie und drangen in das Banat ein, ohne daß ein energischer Vorstoß der österreichischen Armee sie daran gehindert hätte. J. war unglücklich über diese Mißerfolge. Wenn er Kriegsruhm gesucht hatte, so sah er sich bitter enttäuscht. In einer von den eigenen Truppen hervorgerufenen Verwirrung — in der Nacht des 20. September auf der Straße nach Karansebes — war er in persönliche Bedrängniß gerathen. Im November kehrte er, mit zerstörter Gesundheit, nach Wien zurück. Schon in einem Briefe vom 15. August an Kaunitz hatte er über trockenen Husten und Athemnoth, Schlaflosigkeit und Fieber geklagt, ein Zustand, den die Kriegsstrapazen natürlich nur verschlechterten. Und dazu kam die moralische Bekümmerniß über die beschämenden Ereignisse im Felde, während die russischen Armeen Vortheil auf Vortheil errangen, was dann auch auf die Stimmung der österreichischen Truppen zurückwirkte. Und überdieß die Sorge, am Ende einen doppelten Krieg führen zu müssen — denn damals hatte Preußen mit England und Holland die Tripelallianz abgeschlossen, die sich auch gegen die Eroberungsabsichten der beiden Kaiserhöfe richtete. Kaunitz mußte seinen ganzen Einfluß aufwenden, um den zwischen Kühnheit und Kleinmuth schwankenden Monarchen bei dem eingegangenen Engagement festzuhalten.

Den tiefsten Eindruck auf J. aber machte wol die immer mehr der offenen Revolution zustrebende Bewegung in den Niederlanden. Es war als sollten beide Pläne des Kaisers — die Eroberung nach Außen und die Consolidirung der absoluten Gewalt im Innern — zu gleicher Zeit scheitern.

Die Niederlande mit ihrer aus dem Mittelalter erhaltenen Verfassung waren ebenso wenig, wie irgend ein anderes der Kronländer, von den Reformen des Kaisers ausgenommen worden. Doch nirgends war die Betonung althergebrachter Rechte und ihre Vertheidigung gegen den schrankenlosen Willen des Fürsten energischer und nachhaltiger erfolgt. Schon das Decret vom 16. October 1786, welches die Errichtung eines Generalseminars in Löwen mit einer Filiale in Luxemburg verfügte, erzeugte unter dem päpstlich gesinnten Clerus und seinem starken Anhang in der Bevölkerung eine durchaus widerstrebende Stimmung. Dieselbe wurde allgemein, als am 1. Januar 1787 zwei Edicte die gesammte Constitution in Frage stellten. Einerseits schufen sie die juridischen Verhältnisse um, indem sie anstatt der mit politischen Befugnissen ausgestatteten ständischen Gerichtsbehörden einen obersten Gerichtshof einsetzten. Andererseits ward auch hier die Verwaltung den Ständen abgenommen und in die Hände einer gefügigen Bureaukratie gelegt. Das Entscheidende aber war, daß diese Verfügungen erlassen wurden, ohne die Meinung der Vertretung des Landes einzuholen, was gegen die alte Verfassung verstieß. Diese alte Verfassung der Brabanter, die Joyeuse entrée, war rechtlich noch nicht beseitigt, vielmehr von J. selbst beschworen worden, und enthielt — wie die alte bulla aurea der Ungarn — eine Resistenzclausel, welche den Ständen die Waffen gegen den unconstitutionellen Fürsten in die Hand drückte. Es ergab sich ein Conflict von der größten Tragweite. Nicht, daß die belgischen Stände jede Verfassungsänderung abgelehnt hätten; nur daß eine solche mit ihrer Zustimmung vorgenommen werde, erklärten sie mit Recht fordern zu

können ("afin que — selon les règles du droit naturel — la partie intéressée soit ouïe", Declaration der Stände vom 29. Januar 1787). Aber auch der Kaiser spricht von seinen Souveränitätsrechten, auf die sich seine Verfügungen gründen. Beide Theile sind zur Wahrung ihres Standpunktes selbst mit den Waffen entschlossen. Eine vorläufige Suspendirung der neuen Gesetze erweckt kein Vertrauen, und die Bevölkerung organisirt sich in Freiwilligencompagnien. J. hinwieder, der die Nachricht von den ersten Tumulten in Cherson erhält, sieht sich schon im Geiste selbst an der Spitze von 50 000 Mann in Brüssel, um die Privilegien bis auf die letzten Spuren zu vertilgen „et des|mauvaises têtes, qui ont osé me manquer à tel point“ (Brief an Belgiojoso, vom 3. Juli 1787). Er ernennt einen militärischen Generalgouverneur, den Grafen Murray, und weist ihn an, ein Beispiel schonungsloser Strenge zu geben. Er entläßt denselben, weil er eine Emeute (20. September 1787) mit Concessionen beschwichtigt hat. Er will — wie er sagt — „mit Gewalt durchführen, was er zu fordern das gute Recht habe“ (Brief an d'Alton vom 30. Januar 1788). Es ist eine rein persönliche Haltung, in welcher der Monarch seinen Willen als unanfechtbares Staatsgesetz geltend macht. Selbst mit Kaunitz ist er darin nicht im Einvernehmen, und wenn auch die Angaben englischer Berichterstatter, der Minister habe aus diesem Anlaß seine Demission gegeben, irrig sein mögen, so ist doch constatirt, daß J., die Vorstellungen des erfahrenen Mannes nicht achtend, seine weitgehenden Aufträge an den Militärcommandanten in Brüssel über ihn hinweg ertheilte. Als dann d'Alton, der Nachfolger Murray's, im Januar 1788 einen Auflauf mit den Waffen auseinandertrieb, kühlte sich die Stimmung ab, und die Stände bewilligten die geforderten Steuern. Da übte der bedenkliche Verlauf des orientalischen Unternehmens seine Wirkung in die Ferne. Das Mißgeschick der kaiserlichen Waffen gegen die türkischen ermuthigte in Belgien zu neuem Widerstande. Das bürgerliche Element der Brabanter Stände verweigerte 1789 seine Mitwirkung bei der Steuerbewilligung, ohne welche diese nach der alten Verfassung nicht gültig zu Stande kam. Ein Vorschlag des Kaisers, der auf eine Abänderung der Letzteren hinausging, wurde vom Rathe von Brabant, wie von den Ständen selbst abgelehnt (18. Juni 1789), worauf der Monarch alle Privilegien der Provinz für aufgehoben erklärte. Es war die Zeit, in welcher das Volk von Paris die Bastille stürmte, und bald folgten Nachrichten von Niederlagen der Truppen Ludwigs XVI. gegen die Revolutionäre und übten in Belgien ihren Einfluß. Eine massenhafte Emigration erfolgte, deren Theilnehmer sich an der Grenze militärisch organisirten. Als sie im Spätherbst wieder ins Land drangen, schloß sich ihnen die Bevölkerung von Flandern an und drängte das kaiserliche Militär zurück. Auch Brabant war nur schwer zu behaupten. Endlich fiel Brüssel vom Kaiser ab, und d'Alton mußte die Hauptstadt räumen. Im Januar 1790 proclamirten die niederländischen Provinzen ihre Unabhängigkeit, weil der Souverän seinen Schwur gebrochen habe, und sagten sich von Oesterreich los. J. war in dem Waffengange mit seinen Unterthanen unterlegen. Es half nun nichts mehr, daß er ihre alte Verfassung wieder völlig herstellte, den Papst um seinen Einfluß auf den belgischen Episcopat, Holland und England um ihre Mediation anging. Das blühende Land blieb fürs Erste verloren.

Als der Kaiser gegen die Niederländer zur Gewalt griff, that er es in dem Sinne, das Wohl der Monarchie damit zu fördern. Aber diese Monarchie selbst drohte indeß, sich in ihre Theile aufzulösen. Denn nicht in Flandern und Brabant allein,

auch in den anderen Ländern wuchs der Geist der Unzufriedenheit und nährte sich an den Erfolgen der Belgier. In Ungarn hatten die Verfassungsänderungen und Verwaltungsreformen, die zwangweise Einführung der deutschen Sprache als Amtssprache, die Wegführung der ungarischen Krone nach Wien, eine Opposition von durchaus nationalem Gepräge erzeugt. Desgleichen in Siebenbürgen, wo man durch das eingeschränkte Toleranzpatent und die Nivellirungsgesetze auch die sächsische Nation verletzte. Es gab den Klagen des in seinen Vorrechten gekränkten Adels ein eigenthümliches Relief, als der Aufstand Hora's Tausende irre geleiteter Bauern gegen ihre Gutsherren wüthen ließ. Als später der Krieg gegen die Pforte ausbrach, die ungarischen Stände für ihre Beitragsleistungen mit unverzinslichen Bons bezahlt und Auflagen direct ausgeschrieben wurden, die nach der Verfassung doch erst der Reichstag zu bewilligen hatte, wuchs die Opposition zur Empörung. Auch hier wirkte — wie in den niederländischen Provinzen — das Beispiel von Frankreich mit; auch hier wurde, wie dort, von den unzufriedenen Elementen eine Verbindung mit Berlin gesucht; auch hier drohte der Verlust eines reichen Landes. Schon fand die Regierung des Kaisers keinen Gehorsam mehr, die Steuern und Rekruten wurden verweigert, die Beamten ihrer Dienste entlassen, die deutsche Amtssprache abgeschafft.

Und nicht anders war es in Galizien, wo die neueingeführte Grundsteuer die Gemüther aufbrachte, in Tirol, wo die Opposition gegen die kirchlichen Gesetze sich mit der politischen verband, in Oesterreich selbst, wo man schon im J. 1786 die Frage in offener Schrift discutirte, warum J. nicht geliebt werde. Die Minister und eine zur Prüfung der Lage eingesetzte Conferenz verhehlten dem Kaiser die Wahrheit keineswegs. In einem umfassenden Vortrage des Polizeiministers Pergen wird eine lange Reihe von Mißgriffen — echten und scheinbaren — in der Regierung ausgezählt, um die malcontente Stimmung der Bevölkerung zu erklären. Am Schlusse heißt es darin: „Der Adel ist mit Rechte unzufrieden, weil derselbe durch das bürgerliche sowol als Kriminalgesetzbuch, durch die neue Steuerrectification in seinem Eigenthum ohne Verschulden äußerst gekränkt und so erniedriget worden, daß zwischen dem Bürger- und Bauernstand und dem seinigen ein sehr geringer Unterschied mehr sich zeigt. Die noch bestehende Geistlichkeit ist unzufrieden, weil ihre Einkünfte auf das höchste geschmälert, und die Stifter, welche als Güterbesitzer anzusehen, auch in dieser Eigenschaft den ersten Platz unter den Ständen hatten, nebst gleichmäßiger Kränkung ihres Eigenthums beinahe dieses genossenen Vorzuges entsetzt worden. Der Bürgerstand wird durch die Vervielfältigung desselben mittels der Erleichterung der Gesellen zum Bürger- und Meisterrechte in seinem Verdienste merklich geschmälert und ist durch die Entkräftung des Adels und der Geistlichkeit gleichsam ärmer geworden: er ist also überhaupt, dermalen aber um so mehr mißvergnügt, als die Art, mit welcher die Kriegssteuer, die ihm ohnehin sehr lästig ist, von demselben vorschriftsmäßig eingetrieben werden muß, die Meisten, d. i. die Aermern, gänzlich darnieder schlägt. Der Bauer, welcher zwar in der That einer Erleichterung würdig war, von Ew. M. aber zu der glücklichsten Klasse aller ihrer Unterthanen gemacht worden, mithin alle Ursache hat, Ew. M. Großmuth zu preisen, ist, stolz auf diesen gnädigsten Vorzug, dennoch unzufrieden, weil er von allen Schuldigkeiten gegen seinen Herrn frey sein will, und auch wirklich in dein Irrwahne ist, von allen entledigt zu sein“. Das Bild ist

keineswegs vollständig. Aber von so autoritativer Seite dargestellt, beweist es doch die allgemeine Unzufriedenheit mit der Regierung eines Monarchen, dessen Zwecke die edelsten waren und der sie nicht erreichte, weil er sich der ewigen Wahrheit verschloß, daß selbst die vernünftigsten und wohlthätigsten Reformen ihr Ziel verfehlen, wenn sie nicht in Uebereinstimmung mit dem Volke zu Stande kommen, dem sie frommen sollen. In seiner redlichen Absicht, Uebeln zu steuern, hat er es außer Acht gelassen, daß die Willkür, mit der es geschah, selbst als ein Uebel empfunden wurde.

Ob es die Vorstellungen Pergens, ob die dringenden Mahnungen seines Bruders Leopold, wie dieser meinte, waren, denen J. folgte, als er den schmerzlichsten Schritt that, die Niederlage seines Systems selbst zu besiegeln, bleibt dahingestellt. Genug, am 30. Januar 1790 widerrief er in der Antwort auf einen Bericht jener Conferenz vom 26. alle die neuen Einrichtungen in Ungarn und stellte den alten Zustand wieder her. Unter dem frenetischen Beifalle der Nation kehrte die Krone wieder zurück. „Jubeln und Frohlocken herrschte von|nun an in den Gemüthern der Hohen und Niederen“ — heißt es in dem Berichte eines siebenbürger Sachsen — „als ob das Zeitalter der Rhea und des Saturns schon eingebrochen wäre“. Der Kaiser aber, dessen Lungenleiden sich täglich verschlimmerte, bis es in häufigem Blutbrechen und Herzfebern den gefährlichsten Grad erreichte, hatte seinem Bruder schon am Weihnachtsabende geschrieben: „Versunken in mein eigenes Mißgeschick und in das des Staates, mit einem körperlichen Zustande, der mich jeder Erleichterung beraubt und die Arbeit nur noch peinlicher macht, bin ich gegenwärtig der Unglücklichste unter den Lebenden; Geduld und Ergebung sind meine einzige Devise. Du kennst meinen Fanatismus, so darf ich sagen, für das Staatswohl, dem ich Alles geopfert habe. Das bischen guten Ruf, das ich besaß, das politische Ansehen, welches die Monarchie sich erworben, Alles ist dahin. Beklage mich, mein theurer Bruder, und möge Gott Dich Vor einer ähnlichen Lage bewahren“. Wenn er Leopold von Toscana in den letzten Jahren nur wenig von den Geschäften, und immer erst nach deren Vollzug anvertraut hatte, so bat er ihn jetzt, in einem Briefe vom 6. Februar, nach Wien zu kommen und die Mitregentschaft zu übernehmen. Ehe Jener aber von Florenz aufbrach, war die Katastrophe eingetreten. In der Nacht des 19. Februar hatte der Kaiser, der keinen Schlaf mehr finden konnte, mit seinen Secretären gearbeitet. Vom 20. noch sind Handbilletts an den Polizeiminister Pergens und an den Präsidenten des Staatsraths, Grafen Hatzfeld, datirt, mit welchen J. sich gänzlich von den Geschäften zurückzog und deren Fortgang bis zum Eintreffen seines Bruders vorschrieb. Diese Schriftstücke müssen früh am Morgen unterzeichnet worden sein, denn schon kurz nach 5 Uhr verschied der Kaiser. „Er unterlag nicht der Schwachheit der menschlichen Natur, sondern der von Kindheit auf genährten Allgewalt des Selbstherrschen“ (Herder).

Es ist schon gesagt, daß eine umfassende, wissenschaftlich begründete Darstellung von Josephs Leben und Wirken heute noch aussteht. Die älteren Werke und die neuere monographische Litteratur findet man in Krones, Handbuch der Geschichte Oesterreichs, 4. u. 5. Bd., sorgfältig zusammengestellt. Dazu wärm von neuesten Untersuchungen etwa noch nachzutragen: E. Reimann, Die Zusammenkunft Josephs II. und Friedrichs II. (Zeitschrift des Vereins für Geschichte und Alterthum Schlesiens, 1879,

Bd. XVII). Tratschefsky, *La France et l'Allemagne sous Louis XVI.* (Revue historique, Bd. XIV. u. XV, Paris 1880, 1881). P. Bailleu, *D. Ursprung des deutschen Fürstenbundes* (Historische Zeitschrift, 41. Bd.). G. Wolf, *Oesterreich u. Preußen 1780—90*, Wien 1880. Gachard, *La Belgique au commencement du 18 èms siècle.* Bruxelles 1880 (im Anhang eine actenmäßige Darstellung der Verwicklung mit Holland). Zieglauer, *Die politische Reformbewegung in Siebenbürgen zur Zeit Josephs II. und Leopolds II.*, Wien 1881. Adam Wolf, *Geschichtliche Bilder aus Oesterreich*, 2. Bd. Fraknoi, *Die Verschwörung des Martinovich und seiner Genossen* (ungarisch), Pest 1881. G. Frank, *Das Toleranzpatent Kaiser Joseph II. Urkundliche Geschichte seiner Entstehung.* (Wien, 1882.)

*Briefe Josephs II.* finden sich zerstreut in verschiedenen Sammelwerken: Arneth, *Maria Theresia und Joseph II., ihre Correspondenz sammt Briefen Josephs an seinen Bruder Leopold* (Wien 1867); Derselbe, *Joseph II. und Leopold von Toscana, ihr Briefwechsel von 1781—1790.* 2 Bde. (Wien 1872); Derselbe, *Joseph II. und Katharina von Rußland, ihr Briefwechsel* (Wien 1869); Derselbe, *Maria Antoinette, Joseph II. und Leopold II., ihr Briefwechsel* (Wien 1866); Derselbe, *Briefe Maria Theresia's an ihre Kinder u. Freunde.* 1. Bd. (Wien 1881); Adam Wolf, *Marie Christine, Erzherzogin v. Oesterreich*, Wien 1863 (enthält Briefe Josephs an Christine und deren Gemahl, den Herzog v. Sachsen-Teschen); Beer, *Joseph II., Leopold II. u. Kaunitz* (Wien 1873); S. Brunner, *Correspondances intimes de l'empereur Joseph II. avec son ami, le Cte de Cobenzl, et son premier ministre, le prince de Kaunitz* (Mayence 1871); Emilio Bicchieri, *Lettere famigliari dell' Imperatore Giuseppe II. a Don Filippo et Don Ferdinando Duchi di Parma* in den *Atti e Memorie delle R. R. Deputazioni di Storia Patria per le Provincie Modenesi e Parmensi*, IV. 105—124; *Recueil de lettres originales de Joseph II. an général d'Alton.* 1790; Ottokar Lorenz, *Joseph II. und die belgische Revolution*, Wien 1862, und neuerdings in des Verfassers „Drei Büchern Geschichte und Politik“ (enthält die Briefe an den Generalgouverneur Grafen Murray); F. Calvi, *Curiosità storiche e diplomatiche del secolo decimo-ottavo*, Milano 1878 (darin ein bes. Abschnitt: *Lettere dell' Imperators Giuseppe II. al Tenente-Marescillo Conte Lodovico Antonio Belgiojoso-Este*, 1774—87); Trauttmannsdorff, *Fragmens pour servir à l'histoire des évènements qui se sont passés aux Pays-Bas depuis la fin de 1787 jusqu'en 1789*, Amsterdam 1792 (mit Briefen an den Herausgeber). Die „Zeitschrift für historische Theologie“, Jahrg. 1834, enthält den Briefwechsel Josephs mit Clemens von Trier. Die unter dem Titel „Briefe Josephs II.“ zuerst in „Constantinopel“ 1790, dann 1821, 1822 von Grossing, später 1846 von Schuselka herausgegebene und bis auf die jüngste Zeit werthgehaltene Sammlung enthält nur Falsifikate, die der Feder Grossing's entstammen.

### **Autor**

*Fournier.*

### **Empfohlene Zitierweise**

Fournier, August, „Joseph II.“, in: *Allgemeine Deutsche Biographie* (1881), S. [Onlinefassung]; URL: <https://www.deutsche-biographie.de/pnd118558404.html>





---

1. Dezember 2020

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften

---